

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal zzgl. Bestellgeld. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Stottbuserdamm 231.

Inserate
pro vierpallige Zeitspalte 60 Pf.,
Stellungsliste 40 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 40 Pf.; Versammlungs-
anzeigen 20 Pf. Ver-
änderungen in der Betrag beizufügen.

Nr. 5

Berlin, den 29. Januar 1910.

26. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die mit Führung der Arbeitslosenliste betrauten Funktionäre wollen beachten, daß der 29. Januar als **der erste Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen** am Ort sowie auf der Reise gilt, deren Ergebnis am Quartalschlusse in den Berichtskarten für das Kaiserl. Statistische Amt anzugeben ist. Um in den Berichtskarten recht vollständige Angaben machen zu können, wollen die Funktionäre die nötigen Aufzeichnungen nicht veräumen.

2. Die Generalkommission der Gewerkschaften empfiehlt die im Heymannschen Verlag erschienene neue Ausgabe der von Hoffmann bearbeiteten **Gewerbeordnung für das Deutsche Reich** und ist in der Lage, das sonst 5 Mk. kostende Werk bei gemeinschaftlichem Bezug für 3 Mk. abgeben zu können.

Da die neuen Veränderungen in der Gewerbeordnung wohl überall Neuanschaffung notwendig machen, empfehlen wir den Gau- und Zahlstellenverwaltungen die Anschaffung der oben bezeichneten Ausgabe und ersuchen, Bestellungen spätestens bis zum 19. Februar hierher gelangen zu lassen. Mit der Bestellung ist der Betrag von 3 Mk. und 40 Pf. für Porto und Verpackung für jedes Stück hierher einzufenden. Bestellungen, denen der Betrag nicht beigefügt ist, können nicht erledigt werden.

3. Wie in früheren Jahren beabsichtigen wir auch jetzt wieder, alle über zwei Jahre zurückliegenden, nach § 16b und d des Statuts erfolgten **Ausschlüsse von Mitgliedern aufzuheben**. Sollte von den daran interessierten Gau- und Zahlstellenverwaltungen gegen die Wiederaufnahme einzelner Widerspruch erhoben werden, werden wir die vorliegenden Gründe prüfen und eventuell den Betreffenden von der in Aussicht genommenen Vergünstigung ausnehmen. Wir ersuchen, das Verzeichnis der ausgeschlossenen daraufhin durchzusehen und etwaigen Widerspruch bis zum 10. Februar bei uns geltend zu machen.

4. **Ausgeschlossen auf Grund des § 16b des Statuts** wurden in Berlin der Presser **Gaus Fleming** aus Berlin (Buchn. 82 339) und die Kurzpapierarbeiterin **Johanna Träger** aus Baruth (Buchn. 82 379) sowie im Gau X der Buchbinder **Wilhelm Mulder** aus Amsterdam (Buchn. 9472).

Der Verbandsvorstand.

Arbeiterfragen und Staatsregierung.

Die wenigen Tage des neuen Jahres haben uns schon eine reichliche Fülle von Material gebracht, das uns zeigt, in welcher Weise Arbeiterangelegenheiten von den Staatsregierungen erledigt werden. So hat sich das deutsche Reichsparlament bereits wiederholt mit Fragen beschäftigt, die uns überaus nahe gehen. Daß dies möglich war, das ist in erster Linie dem Wirken der Vertreter der Massenbewußten Arbeiter zu danken, die unermüdblich und unerschrocken alle die Schäden und Uebel aufdecken und

zur Sprache bringen, die den Arbeitern an der Entfaltung selbst nur der ihnen gesetzmäßig zustehenden Kraft hinderlich sind. Neben der Interpellation wegen der durch die vorjährigen Steuergesetze den arbeitslos gewordenen Tabakarbeitern zugefügten Unterstützung war es die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes, welche wieder einmal eine öffentliche und scharfe Kritik herausforderte. Auch der Mansfelder-Standal, bei dem den Arbeitern statt Brot blaue Wödhnen geboten wurden, stand zur Erörterung u. a. m.

Zum zweiten Male seit der Annahme des Gesetzes mußte sich der Reichstag mit dem Reichsvereinigungsgesetz befassen. Während aber voriges Jahr Interpellationen von den Sozialdemokraten und Polen eingebracht waren, erschienen diesmal die Freisinnigen auf dem Plan, die vor einem Jahre für die Notwendigkeit einer Interpellation noch keinerlei Grund gefunden hatten. Damals genies auch noch der Hottentottenblock, die Freisinnigen waren noch Regierungspartei und Herr Müller-Reinigen sprach Herrn v. Bethmann Hollweg bei in der Verteidigung gegen die sozialdemokratischen Angriffe. Heute liegt die Sache anders. Der Freisinn muß sich bei seinen Arbeiterwählern wieder einmal in empfehlende Erinnerung bringen und darum vollzog derselbe Herr Müller einen Frontwechsel, um diesmal Klagen über Mängel vorzubringen wegen der Handhabung des Gesetzes durch die „unfähige und verbohnte Bureaucratie“. Er verfehlte aber nicht, zu betonen, daß das Gesetz an sich fehlerfrei sei, und Bethmann Hollweg habe ja auch lokalste Ausführung der Bestimmungen zugesagt. Und richtig, der Staatssekretär „bewies aus den Akten“, daß „die höheren Regierungsämter die schönsten Instruktionen betreffs der Ausführung des Gesetzes hätten ergehen lassen, daß die unteren Organe, soweit sie wirklich Fehler begangen hätten, „rektifiziert“ worden seien, daß aber auch den ausführenden Organen kein ernstlicher Vorwurf zu machen ist, da das Gesetz schwer verständlich sei; er selbst habe manche Bestimmungen mehrere Male lesen müssen, um ihren Sinn zu ergründen.“ Als Vertreter der Arbeiter konstatierte der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, Breh, daß sowohl die Regierungsvertreter wie die liberalen Redner sehr wider ihren Willen die volle Berechtigung der vorjährigen sozialdemokratischen Kritik hätten bestätigt und damit die Mangelhaftigkeit des Gesetzes zugeben müssen. Der gesamte Hottentottenblock sei mitschuldig an der Mamage, die Deutschland durch den verächtlichen Sprachenparaphen sich zugezogen habe. Breh erbrachte dann noch eine Anzahl von Einzelbeweisen dafür, wie die Behörden das Gesetz zur Schikanie von Vereinen und Versammlungen, insbesondere der Gewerkschafts- und der Jugendbewegung ausnutzen. Polen und Dänen vervollständigten das Sündenregister noch erheblich aus deren Sprachgebieten. Aber auch auf diese Klagen antwortete die Regierung ebensowenig wie sie auch nicht auf Breh's Vorschlag, durch Verbesserungen des Gesetzes dafür zu sorgen, daß jedermann, auch ein Minister, die einzelnen Bestimmungen wirklich gleich verstände, Antwort fand.

Die sozialdemokratische Interpellation wegen der durch die Steuergesetze im vorigen Jahre den Tabakarbeitern zugefügten Unterstützung wurde vom Wenigsten Geher begrüßend. Er zeigte an zahlreichen Einzelfällen, wie trotz der Bemühungen

des Staatssekretärs Wernuth die brotlos gewordenen Tabakarbeiter auch jetzt noch in ganz ungenügender Weise mit Unterstützungen bedacht werden, daß der Preis der Unterstützungsberechtigten durch bureaukratische Vorschriften vielfach in geradezu ständischer Weise eingeschränkt worden ist. Hat man doch z. B. arbeitslos gewordenen Arbeiterinnen die Unterstützung verweigert, weil sie im abgelaufenen Jahre als Wödhnerinnen eine Zeitlang so wie so arbeitsunfähig geworden seien! Man muß die ausführlichen Reichstagsberichte in den Tageszeitungen gelesen haben, um die schamloseste Außerachtlassung der natürlichen Menschengefühle voll zu erfassen, die bei der Unterstützungsauszahlung zu bemerken war. Der Staatssekretär Wernuth gab zu, daß Härten vorgekommen seien, meinte aber, seit seinem Eingreifen habe sich das geändert; jetzt geschehe, was nur getan werden könne. Er bestritt auch, daß eine dauernde Schädigung der Tabakindustrie durch die Steuergesetze zu erwarten sei. Genosse Wolkenbuhr indes wies auf Grund der Erfahrung, die 1879 mit den Steuerverschärfungen gemacht wurden, darauf hin, daß man auch jetzt wieder mit einer zehnjährigen Nachwirkung der Konsumeinschränkung auf die Industrie und damit auf die dauernde Einschränkung der Arbeitsgelegenheit zu rechnen haben werde. Eine Erhöhung des Biermillionenfonds für Unterstützungszwecke sei deshalb dringend geboten. Damit war die Angelegenheit erledigt. Der Regierungsvertreter bestritt kurzerhand die vorgebrachten Uebelstände und glaubt dann, seine Schuldigkeit getan zu haben. Wie die Tausende und Abertausende, die durch die junkerliche Raubpolitik in Not und Elend geraten sind, die ihre einzige Erwerbsmöglichkeit durch die sinnlose Steuergesetzgebung haben schwinden sehen, sich zu Tode hungern, das ist ihm gleichgültig. Durch die einfache Verneinung der Notlage ist für ihn die Sache abgetan.

Weiter beschäftigten den Reichstag die Vorgänge im Mansfelder Streikgebiet, die auch in unserer „Buchbinder-Zeitung“ im Vorjahre an leitender Stelle behandelt worden waren. Eine diese Materie berührende Interpellation der Vertreter der organisierten Arbeiter wurde von dem Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes begründet. In einer großen Zahl von Einzelfällen zeigte er, wie elend die Löhne, wie hart der Druck der Unternehmer war, und wie schließlich die Maßregelung von 45 Bergleuten, die sich dem Bergarbeiterverbande angeschlossen, noch die Bergarbeiter in den Streik hineintrieb. Ganz überflüssigerweise ist das ganz gewöhnliche Vorwissen einer Massenanhäufung von streikenden Arbeitern in Helmstätt mit nachfolgender Anrempelung von Streikbrechern zum Anlaß der Entsendung von Militär in das Streikgebiet genommen worden. Gerade der stetigen Mahnung der Verbandsleiter zur Ruhe und zur Besonnenheit ist es zu danken gewesen, daß keinerlei ernstliche Ausschreitungen vorgekommen sind. Das Militär hat keine Gelegenheit zum Blutvergießen erhalten. Nur einige höchst überflüssige Verhaftungen, sogar von Frauen, sind zu verzeichnen gewesen. Aber gerade die Heranziehung des Militärs hätte die Gefahr von Vutvergießen heraufbeschworen.“ Der Reichskanzler, der in solchen wichtigen Fragen immer seine Untergebenen in den Reichstag schickt, die ihn da vertreten sollen, hat diese Meinung auch in dem vorliegenden Fall beibehalten. An seiner Stelle recht-

fertigte der Staatssekretär Delbrück die Haltung der Regierung. Nach ihm sind an den ganzen Zuständen nur die Organisationen der Arbeiter schuld, die in wüsten Hebereien sich gefallen und harmlose Personen mit dem Gift der Unzufriedenheit durchsetzen. Aber wie die Behandlung der Mansfelder Streikvorgänge im Reichstage war, so unerhört und so schier ungläublich wird die Behandlung der Angelegenheit von den bürgerlichen Gerichten getrieben. Hat doch nach der „Bergarbeiter-Zeitung“ das Schöffengericht in Gottleben im Mansfelder Revier einen Bergarbeiter als Einbrecher einer Versammlung bestraft, weil die nicht angemeldete Versammlung angeblich politisch war. Es handelte sich um eine Streikversammlung, in der Sachse als Leiter des Bergarbeiterverbandes referiert hatte. Das Gericht entwickelte so merkwürdige Ansichten über Politik, Streik, Gewerkschaften und Sozialdemokratie, daß sie verdienen, der Öffentlichkeit bekannt zu werden. Sachse ist dem Gericht nicht der Streikführer und Leiter der für die Streikenden maßgebenden Organisation, sondern Sachse ist der Reichstagsabgeordnete und Sozialdemokrat. Daß dieser Mann in der Versammlung gesprochen hat, ist für dieses Gericht schon beinahe ausreichender Beweis dafür, daß es sich um eine politische Versammlung handelte. Man höre diesen Abschnitt aus der Urteilsbegründung: „Von der Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen, d. h. von einer Besserung ihres privatrechtlichen Arbeitsvertrages gegenüber der Mansfeldischen Gewerkschaft war gar keine Rede. Nach der ganzen Sachlage war es auch ausgeschlossen. Der Abgeordnete Sachse, der den Wahlkreis für die Sozialdemokratie gewinnen wollte, hat daran durchaus kein Interesse. Es wäre für seine Partei durchaus unvorteilhaft, wenn die Mansfelder Berg- und Hüttenleute von der Gewerkschaft günstigere Arbeitsbedingungen erlangen könnten, so daß sie zufrieden gestellt würden; so dürfte er den Abgeordneten Sachse nicht als Redner zulassen oder gar hinzuziehen. Er hätte ihn im Gegenteil fernhalten müssen, weil Sachse zum Vorteil seiner Partei nur ein Interesse daran hat, daß die Mansfelder Arbeiter mit ihrem Arbeitsverhältnis zur Gewerkschaft möglichst unzufrieden sind.“ Nach dem weiter oben angeführten Ausgang der Behandlung des Reichsvereinsgesetzes können solche Ansichten nicht wundernehmen. Fanden doch die Ausführungen der Regierungsvorteile zum größten Teile auch die Zustimmung des Zentrums, trotzdem sich dieses bekanntlich immer mal als Arbeiterpartei geriert. Man verfolge doch die Tagespresse der letzten Wochen, um geradezu grauenhafte Urteile, die alles Recht und Rechtsgefühl mit vorher Faust ins Gesicht schlagen, zu finden; Urteile, die sich selbst gegen Frauen in ihrer ganzen Schärfe richteten. . . . Aber auch an diesen Vorgängen ist, wenn man den Angaben der Regierungsvorteile glauben schenken will, einzig die Arbeiterpartei selbst schuld. Sie ist es, die die Anwesenheit der Maschinengewehre im Streikgebiet verursacht hat. Ein Blick nur, daß man geleert hat, die Äußerungen der Regierungsvorteile nach ihrem Werte einzuschätzen. Jeder organisierte Arbeiter weiß, daß es nur der Macht des Organisationsgedankens zuzuschreiben ist, wenn der Publikum der tobenden Mordinstrumente noch kein Unheil angerichtet und die verzweifelte Arbeiter zur offenen Empörung gebracht hat. Die Behandlung auch dieser Frage im Reichstag durch die Regierung bestätigt aufs neue, daß die Arbeiter von dieser nichts zu hoffen haben. —

Wie aus dem Vorstehenden klar ersichtlich, verfährt die herrschende Klasse und deren ausübendes Organ, die Regierung, gegen die Ansprüche und Forderungen der Arbeiter äußerst la. Wünsche der Arbeiter zu berücksichtigen liegt ihr nicht im geringsten im Sinn. Um so interessanter ist es, zu sehen, wie zuborwommend sie dagegen sein kann, wenn der Unternehmer seine Forderungen anbringt. So sprach auf der am 24. Januar stattgefundenen Generalversammlung der Industriellen der Vertreter des Staatssekretärs die Bereitwilligkeit der Regierung aus, in Sachen der Reichsversicherungsordnung die Bedingungen der Industriellen zu erfüllen. Nach dem „Berliner Tageblatt“ sagte er, er könne versichern, „daß allen Wünschen und Bedenken, die von den einzelnen (Unternehmer-)

Verbänden und Gruppen zu diesem Gegenstande geäußert worden seien, im Reichsamt des Innern nachgegangen worden seien, und daß auch die hier (auf der Generalversammlung) laut werden den Wünschen einer Prüfung unterzogen werden würden“. Redner fuhr dann fort: „Das eine kann ich schon jetzt erklären: die Bedenken, die die Industrie gegen den Entwurf erhoben hatte, sind im wesentlichen als berechtigt anerkannt worden. Bei der Krankenversicherung sind es die Wünsche betreffend die Betriebskrankenkassen und deren Aufrechterhaltung, bei der Unfallversicherung die Wünsche betreffend die Rentenfestsetzung und das anschließende Streitverfahren“. Von den Wünschen und Ausstellungen, die die Arbeiter, die Objekte der Versicherung, an der Reichsversicherungsordnung zu machen gezwungen waren, scheint man im Reichsamt des Innern noch nichts gehört zu haben. —

Diese wenige Stichproben von der Behandlung von Arbeiterfragen durch die Regierung aber werden genügen, um zu zeigen, daß diese gar nicht gesonnen ist, die Anforderungen der Arbeiter zu beachten. Die verschiedenartige Behandlung der Unternehmer und der Arbeiter müssen auch dem Nächststen die Augen öffnen. Rücksichtslos gegen die Arbeiter, mit gekrümmtem Buckel vor den Unternehmern, das ist die Stellung der Regierung zu den zwei Machtfaktoren im Wirtschaftsleben. So gegen die Unternehmer und so gegen die Arbeiter. Das müssen sich die Letzteren merken. Ja, sie müssen es, um sich ihrer Haut zu wehren. Sie müssen es allen sagen, die es noch nicht wissen sollten. Sie müssen Maßnahmen treffen, dem Unheil zu steuern:

Sie müssen sich organisieren!

Das Wirtschaftsjahr 1909.

II.

Eine sehr eigentümliche Erscheinung weist die Kohlenproduktion auf. Es wurden in den ersten elf Monaten des Jahres 1908 trotz der allgemeinen Depression mehr Kohlen gefördert als im Jahre der Hochkonjunktur 1907, nämlich rund 186,7 Millionen Tonnen gegen 131,4 Millionen Tonnen. Im Jahre 1909 blieb die Förderung etwas zurück — 136,3 Millionen Tonnen. Dieser Widerspruch erklärt sich wohl daraus, daß während der Hochkonjunktur sich ein fühlbarer Mangel an Kohle bemerkbar machte, was den Anstoß zur Erweiterung der Produktionsanlagen gab. Diese Anlagen wurden indessen erst fertig, als die Hochkonjunktur bereits abgeklaut war. Jetzt wurde gefördert, aber der Absatz war erschwert. Die Kohlenwerke haben den Absatz nach dem Auslande möglichst forciert, haben aber trotzdem viel Kohle auf Lager nehmen müssen, und die Vorräte sind angeblich zurzeit größer denn je. Das ist einer der Gründe des Uebermutts der Fehdenbarone gegenüber den Arbeitern: diesen Herren käme ein Streik zurzeit vielleicht nicht unangelegen, und sie provozieren die Arbeiter durch Einführung des Zwangsarbeitsnachweises.

Einen günstigen Eindruck macht die Entwicklung des Güterverkehrs auf den deutschen Eisenbahnen. Es betrug nämlich die Einnahmen in Millionen Mark:

	1907	1908	1909
Januar	122,4	124,1	118,2
Februar	116,5	126,3	118,6
März	133,5	131,5	134,3
April	128,2	124,9	127,2
Mai	129,6	127,6	127,3
Juni	125,3	119,2	128,3
Juli	133,1	130,9	134,8
August	159,5	131,3	135,3
September	135,3	136,4	142,3
Oktober	153,2	149,6	153,2
November	144,4	135,4	144,7
Dezember	125,7	120,3	—

Somit hat seit Beginn des Jahres eine ansehnliche Zunahme des Verkehrs stattgefunden.

Die Lebensmittelpreise sind in Deutschland während des ganzen Jahres überaus hoch gewesen. Weizen kostete zu Beginn des Jahres in Berlin rund 210 Mk. pro Tonne, und der Preis stieg im März bis 232 Mk. Knapp vor der Ernte wurden an der Börse ganz unerhört hohe Preise notiert: 269 Mk. für Weizen und 195 Mk. für Roggen. Doch wurden zu diesen Preisen keine größeren Mengen

gekauft, sondern es galt für die Händler, die zu liefern hatten, zu diesem Kurse zu „regulieren“. Trotz der überaus reichen Ernten sind die Preise im Herbst hoch geblieben, und das Jahr schließt mit einer Notierung von 220 Mk. für Weizen und 160 Mk. für Roggen. Dementsprechend waren die Preise für Brot während des ganzen Jahres hoch. Auch die Fleischpreise blieben hoch. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahre nur wenig verändert, sind aber im Durchschnitt eher gestiegen, als gefallen. Die Folge ist, daß die große Masse der Bevölkerung durchweg mehr aufwenden muß, um die Ernährung zu bestreiten, während die Verhältnisse ungünstig geblieben. Um so weniger kann daher für notwendige Industriewaren aufgewendet werden, und der Absatz dieser Waren bleibt gering. Dabei äußern sich die Resultate günstiger Ernten in Deutschland nicht in der Weise, daß alsbald vom Großgrundbesitzer große Aufwendungen gemacht werden, um den Betrieb zu erweitern und zu verbessern, da infolge der niedrigen Löhne der Landarbeiter die Anwendung arbeitssparender Maschinen und Geräte nicht dringend ist. Nur soweit die Kleinbauern, dank der günstigen Ernte und hohen Preise, erhöhte Einnahmen haben, steigert sich die Nachfrage nach Industrieprodukten. Aber bei der deutschen Volkswirtschaft kommt gerade den Kleinbauern der erhöhte Preis der Ackerbauprodukte wenig zugute, denn sie sind zum weitaus größten Teil darauf angewiesen, Getreide zu kaufen.

Ein schweres Gemmis für die wirtschaftliche Entwicklung war der Raubzug der „Finanzreform“. Die Tabak- und die Brauereindustrie vor allem haben schweren Schaden erlitten, und zahlreich sind auch die Arbeiter, die dabei eine Kürzung ihres Einkommens erfuhr. Natürlich wirken die Dinge dann weiter, denn die Unternehmer haben es vermieden, neue Kapitalaufwendungen zu riskieren, ehe sich die Marktverhältnisse geklärt haben, die Scharen der Arbeiter müssen sich aufs äußerste in ihrem Konsum einschränken.

Somit liegen speziell für Deutschland eine Reihe Momente vor, die die Gefundung der wirtschaftlichen Lage erschweren. Die Krise ist wohl überwunden, der Tiefstand ist überschritten, aber die Belebung des wirtschaftlichen Betriebes vollzieht sich nur langsam. Dabei ist aber wohl zu beachten, daß die Produktionskräfte auch während der Krisenjahre erweitert worden sind. Das ist ja der beständige Gang der Dinge: in der Periode, die auf eine Hochkonjunktur folgt, schrumpft die Produktion in der ersten Zeit mehr oder minder zusammen, aber dann steigt die Produktion allmählich, ohne daß eine Besserung der Marktverhältnisse eintritt, weil eben die Produktionsmöglichkeit wieder ausgedehnt wurde.

Einen Fingerzeig hierzu gibt die Statistik der Aktiengesellschaften. Im Jahre 1908 wurden 152 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 162,4 Millionen Mark neu gegründet, in den ersten drei Quartalen 1909 151 Gesellschaften mit einem Kapital von 191,6 Millionen Mark. Dabei ist natürlich die Investierung von neuem Kapital in anderen Unternehmungen, die nicht die Form von Aktiengesellschaften haben, ebenfalls vor sich gegangen. Ehe nun die bestehenden Betriebe mit voller Kraft arbeiten, ehe die fieberhafte Tätigkeit beginnt, die wir als den Zustand der Hochkonjunktur bezeichnen, wird ebenfalls noch viel Zeit vergehen, und vorläufig fehlen noch die Anzeichen dafür, daß das Tempo der Besserung in nächster Zeit beschleunigt wird. Für die Gestaltung der Dinge in Deutschland im kommenden Jahre wird sehr viel davon abhängen, wie sich die Handelsbeziehungen zu Amerika stellen, was sich im Februar entscheiden muß.

Das kommende Jahr bringt auch eine Reihe schwerwiegender Entscheidungen für das Verhältnis von Kapital und Arbeit; in einer Reihe wichtiger Gewerbe laufen die bestehenden Tarifverträge ab, und es wird viel davon abhängen, ob die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter, die dahin gehen müssen, den Lohn der allgemeinen Verteuerung des Lebensunterhalts anzupassen, anerkennen, oder ob es zu schweren Kämpfen kommen wird. Im Ruhrrevier sind die Verhältnisse aufs äußerste gespannt, und leicht kann das laufende Jahr einen Riesentampf heraufbeschwören, wie ihn Deutschland noch nicht erlebt. S. A r s t i.

Arbeiterschutz an Schneidemaschinen.

IV.

Es wäre nicht nur eine Unfreundlichkeit, sondern ein direkter Mangel, wenn man bei einer Besprechung der Fortschritte der Unfallverhütungstechnik bei dem Bau von Schneidemaschinen an den Leistungen der Firma H. Fomm in Leipzig-Neudnitz achtlos vorübergehen wollte. Hat doch gerade auch diese Firma Beschneidemaschinen konstruiert, die in bezug auf Arbeiterschutz geradezu ideal genannt werden müssen. Bei ihren neueren Maschinen sind alle Schutzbleche und -eisen unnötig, da schon durch den Bau der Maschinen alle vermeidbaren Unfälle unmöglich gemacht werden.

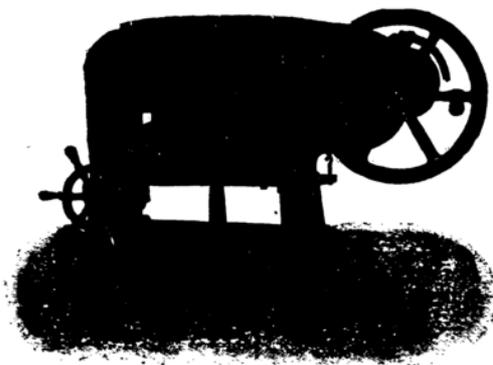


Fig. 17

In der Fachausstellung der Berliner Buchbinderinnung im Mai des Jahres 1908 trat die Firma Fomm erstmalig mit einer Maschine auf den Plan, die schon durch ihre neuartige Konstruktion auffiel. Bei dieser Maschine tritt der Messerhalter überhaupt nicht mehr aus dem Rahmen heraus, und auch alle Zahnräder werden von dem Rahmen umschlossen. Die Maschine ist also durch ein Schutzgehäuse völlig umkleidet und damit werden nicht nur Unfälle vermieden, sondern es ist zugleich völlig ausgeschlossen, daß Werkzeug oder andere kleine Gegenstände, die erfahrungsgemäß häufig auf den vorderen Gestellrahmen gelegt werden, in die gleitenden Teile der Maschine rutschen und einen Maschinenbruch verursachen können.

Schon die äußere Erscheinung dieser Maschine hinterläßt einen vertrauensverweckenden Eindruck, wie die Fig. 17 bezeugt. Doch mit der Einkapselung der Schlitze und Zahnräder ist noch nicht allen Anforderungen der Unfallverhütungstechnik entsprochen. Bei ununterbrochener Umdrehung des Schwungrades nach einer und derselben Richtung läuft das Messer ziehend auf und nieder. Eine Ausrückvorrichtung veranlaßt nun, daß das Messer in höchster Lage



Fig. 18

festgehalten wird. Durch den rechten Handhebel kann das Messer auch in jeder Lage angehalten werden, wenn solches erforderlich sein sollte. Die Fest- und Losscheibe für den Antrieb bei den durch motorische Kraft bewegten Maschinen liegen hinter den Maschinengestellwänden, wodurch auch der Riemen dem Arbeiter nicht gefährlich werden kann. Der Pressballen wird mittels eines Handrades, das vorn an der linken Seite angebracht ist, auf- und abwärts bewegt und wird dadurch die Pressung leichter, schneller und fester bewerkstelligt, da der Arbeiter in dieser Stellung seine Körperkräfte viel besser ausnutzen kann. Es zeigt sich also auch an diesen Maschinen die schon häufiger beobachtete Tatsache, daß der gute Arbeiterschutz die eigentliche

Arbeitstechnik nicht hindert, sondern im Gegenteil fördernd beeinflusst.

Beachtung verdient auch die neue Schnell-schneidemaschine „Fomm“, D. R. P. Nr. 186 736 (Fig. 18), die nicht nur 25 Schnitt in der Minute ausführen kann, sondern zugleich derart mit Schutzvorrichtungen bedacht ist, daß ein Betriebsunfall fast ausgeschlossen scheint. Der ganze Näderbetrieb, der Mechanismus der Pressung, die Friktionskupplung usw. sind unterhalb des Tisches, also völlig geschützt, gelagert. Außerhalb des Maschinengestelltes liegen nur die Riemenscheiben, das Schwungrad und die beiden Zugstangen. Alle Handgriffe und sonstigen Vorkehrungen des Arbeiters sind bei Bedienung dieser Maschine einfach und gefahrlos. Nach dem Einlegen des Schneidmaterials braucht der Arbeiter nur die Maschine einzurücken, worauf Pressung und Stillstand der Maschine vollständig selbsttätig ohne irgendwelches Zutun des Arbeiters erfolgt. Die Pressung ist eine vollständig automatische und wirkt bei jeder Stoßhöhe bis zu 150 Millimeter gleich intensiv und zuverlässig, ohne eine Regulierung durch den Arbeiter zu benötigen. Der Arbeiter hat also bei dieser Maschine nichts weiter zu tun, als nach jedem Schnitt das beschnittene Material fortzuräumen, neues einzulegen und das Messer zum neuen Arbeitsgang einzurücken. Die Fußtritte, welche die Einrückung des Messers und das Niedergehen der Schnittkante bewirken, würden allerdings zweckmäßiger angeordnet sein, wenn sie weiter voneinander entfernt ständen, da es sich bei gegenwärtiger Anordnung leicht ereignen kann, daß der Arbeiter unabsichtlich das Messer einrückt, wenn er den Schnittdeuter benutzen will. Es läßt sich



Fig. 19

jedoch diese gefährliche Verwechslung vermeiden, wenn der Fußtritt entfernt und das Messer nur durch den rechten Handhebel in Gang gebracht wird.

Der neue Schnelldreischneider „Fomm“ verdient hier ebenfalls lobende Erwähnung, weil bei ihm das Messer vollständig von dem Maschinenrahmen umgeben ist und nur beim Schneiden vortritt. Besonderes Lob aber verdient die neueste Dreiseiten-Beschneidemaschine „Fomm“, die durch D. R. P. Nr. 193 517 geschützt ist.

Nach dem geschützten Verfahren arbeiten die Messer so, daß mittels Zugschnittes auf einmal die beiden schmalen Seiten durch zwei parallele Messer geschnitten und die vordere bezw. dritte Seite ohne Drehung des Arbeitstisches — wie sie sonst bei Dreischneidern, mit Ausnahme des in letzter Nummer erwähnten Dreischneiders der Firma Krause, erforderlich ist — durch ein zu den vorigen Messern senkrecht stehendes Messer geschnitten. Die Bücher werden mit dem Rücken an eine Winkelplatte und an eine seitliche Anlage zum Schneiden gebracht. Die beiden parallelen Messer arbeiten gegen den Rücken, um ein Ausreißen desselben zu verhüten. Die Pressung erfolgt automatisch, nachdem sie zuvor auf eine bestimmte Höhe eingeseht ist. Es erfolgt also Einpressung, Beschneidung dreier Seiten, Hochgang der Messer und Pressung ohne irgendwelches Zutun des Arbeiters. Die Höhe brauchen nur eingelegt, geschnitten und ausgelegt zu werden. Wie Fig. 19, welche die Vorderseite der Maschine darstellt, schon erkennen läßt, ist dieselbe weiter dadurch vervollkommen, daß sie mit einem Revolvermesser versehen wurde. Durch diese Anordnung wird das zu schneidende Material selbsttätig — von der Vorderseite

der Maschine gesehen — von rechts aus eingeführt und gepreßt; der Beschneid erfolgt in der Mitte und das Auslegen des Materials erfolgt nach einer weiteren Drehung des Tellers links selbsttätig. Der Arbeiter kommt, da der Stoß nicht mehr unterhalb des Messers, sondern vor demselben eingelegt wird, gar nicht mehr in den Bereich desselben und ist deshalb auch gegen Unfälle durch das Messer fast absolut geschützt. Durch eine solcher Art konstruierte Anlage konnte auch das Ausrücken des Messers nach jedem Arbeitsgang in Fortfall kommen und so die Arbeit wesentlich beschleunigt werden. Im Betrieb der Leipziger Buchbinderei-Aktiengesellschaft, in welchem



Fig. 20

dieser Dreiseitenschneider circa 1 1/2 Jahre benutzt wird, hat man festgestellt, daß die Maschine die tägliche Arbeitsleistung von drei gewöhnlichen Dreischneidern oder zwei Vierseitenschneidern bewältigt. Also auch hier die Erfahrung, daß der gute Arbeiterschutz auch eine höhere Leistungsfähigkeit der Maschine gestattet.

Unsere Fig. 20, welche diesen Dreiseitenschneider von der Rückseite darstellt, gestattet unseren Kollegen einen kleinen Einblick in die sinnreiche Konstruktion dieses neuen eisernen Mitarbeiters.

Eine zweite Ausführung dieser neuen Dreiseiten-Beschneidemaschine „Fomm“ (Fig. 21) ist noch wesentlich vervollkommenet worden durch eine selbsttätige Anlage- und Ausrückvorrichtung, welche die Bücher unter das Messer bringt und wieder auslegt, sowie durch völlig abgeschlossene Arbeit der Messer, wodurch die Betriebssicherheit weiterhin erhöht wird. Es ist auch diese Maschine mit Revolvermesser und außerdem mit vollständig automatischer Pressung ausgestattet.

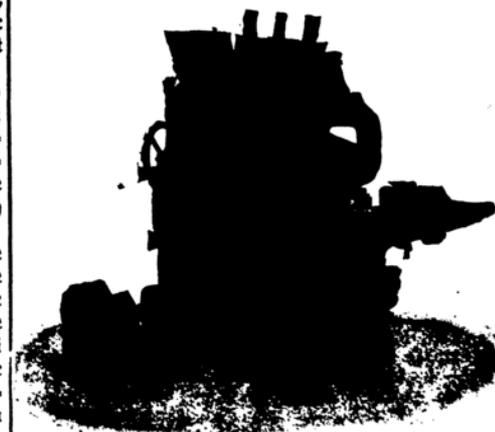


Fig. 21

Die Funktion dieses Dreischneiders geht in folgender Weise vor sich: Der bedienende Arbeiter legt die Bücher gegen ein Vorschublineal, daß sie regelrecht unter die Formatplatte bringt. Nach erfolgter selbsttätiger Einpressung des Stoßes wird dieser durch eine Drittelumdrehung des Tisches unter die Schneidvorrichtung gebracht, wo er mittels dreier Messer, deren Anordnung den gesetzlichen Schutz durch D. R. P. Nr. 193 517 genießt, in einem Arbeitsgange von allen drei Seiten geschnitten wird. Während der unmittelbar darauf erfolgenden weiteren Drehung des Tisches erfolgt die Aufhebung der Pressung und im Ruhepunkt wird die automa-

tische Ablegung der beschneidenden Bücher besorgt. Der Arbeiter kommt während der ganzen Arbeitsperiode nicht in das Bereich der Messer, ist somit vor Verletzungen jeglicher Art geschützt. Daß die Leistungsfähigkeit einer solchen Dreiseiten-Beschneidemaschine mit automatischer An- und Ablegevorrichtung bedeutend höher sein muß, als ohne diese Einrichtung liegt auf der Hand, denn während die Maschine mit Material versorgt und das selbe eingepreßt wird, kann der vorher eingelegte Stoff beschneidet resp. ausgelegt werden und die Maschine ununterbrochen weiter arbeiten. Es ist somit die größte Leistungsfähigkeit sowohl quantitativ und qualitativ zu erreichen.

So gelingt es der Siegerin Technik mehr und mehr, nicht nur die menschliche Arbeit leichter zu machen und quantitativ zu vermehren, auch alle Gefahren, die den Arbeitenden bedrohen, strebt sie mit fichtlichen Erfolg aus der Welt zu schaffen. Wenn es nun auch uns, und allen, die mit uns gleichen Sinnes sind, gelingen wird, die Arbeit so von aller Not, Schmach und Erniedrigung, von allem Elend zu befreien, sowie sie die Technik von Gefahren befreit, dann wird endlich jenes glückliche Zeitalter anbrechen, das das Ziel aller Menschenjehnsucht ist. Gute Zeit, in der die Arbeit allen Menschen freudiges Spiel, Quell alles Lebensglückes sein wird.

Korrespondenzen.

Deutschland: Zugung nach Krefeld und Falkenstein i. S. ist fernzuhalten; gesperrt ist in Darmstadt die Firma Meck u. Sohn und Plauen i. S.

Schweden: Ganz Schweden ist gesperrt. Serbien ist gesperrt.

Schweiz: Ueber die Firma A. D. Heine, Stickeriegeschäft in Arbon, ist die Sperre verhängt.

Oesterreich: In Görz und Triest steht die Kollegenchaft in einer Tarifbewegung und ist demnach Zugung strengstens hintanzuhalten. — Weiter ist Arbeitsannahme bei der Firma F. Neumann u. Sohn in Prohnik (Mähren) zu unterlassen. In Dornbirn (Vorarlberg) ist ein Streik ausgebrochen. Dornbirn ist gesperrt. Desgleichen Prag und Brünn.

Kroatien und Slavonien: Zugung nach Agram und Esseg ist fernzuhalten.

Vor Arbeitsannahme in Oldenburg und im Gau 6/7 ist beim Bezirksleiter Küster in Hamburg, vor Arbeitsannahme in Posen beim dortigen Bevollmächtigten Erkundigung nach den bestehenden Verhältnissen einzuziehen.

München. In der lithographischen Kunstanstalt „Graphia“ in München ist ein Streik der Steindruckereihilfsarbeiter ausgebrochen, an dem auch ein Teil der Umdrucker beteiligt ist. Es ist möglich, daß auch unsere Kollegen in den Konflikt verwickelt werden. Jedenfalls ist Zugung nach München bis auf Widerruf fernzuhalten und vor Arbeitsannahme beim örtlichen Bevollmächtigten anzufragen.

Plauen i. S. Obermals rief die Tarifkommission die Kollegen zu einer öffentlichen Versammlung am 23. Januar im Gewerkschaftshaus zusammen, zu der die Tagesordnung lautete: „Die Antworten der Prinzipale und unsere Stellung dazu.“ Gauleiter Pfübe berichtete, daß die Prinzipale noch keine positive Antwort abgegeben haben, sondern, daß er mit dem Vorsitzenden der Fabrikantenvereinigung verhandelt und dieser ihm die Mitteilung gemacht hat, daß die Prinzipale mit einigen Ausnahmen unserem Tarif entgegenkommen wollen und daß in den nächsten Tagen die Kommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Verhandlungen treten werden. Pfübe ermahnte die Kollegen, daß sie jetzt stramm zu Organisation halten und daß alle noch Fernstehenden sich unverzüglich anschließen mögen, denn nur mit einem starken Heer sind unsere Ziele leichter zu erreichen. Leider sind auch schon einige Kollegen gemäßigter geworden, so bei den Firmen Max Spranger und Lister u. Buchheim in Plauen und Bierold in Falkenstein. Es sind daher diese Firmen bis auf weiteres gesperrt und ist Zugung nach Plauen fernzuhalten. — Zum Schluß forderte der Vorsitzende auch die Kollegen auf, wenn sie gerufen werden, in ebensolchen Scharen die Versammlungen zu besuchen, wie bisher. Mit einem Hoch

auf den Deutschen Buchbinder-Verband nahm die sehr gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Dresden. Um den fortgesetzten Verjuch seitens der Unternehmer, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Buch- und Steindruckereien zu verschlechtern, besser entgegenzutreten zu können, haben sich die Angehörigen der graphischen Verjuche zu einem graphischen Kartell zusammengeschlossen. Öffentlich erfüllt das selbe die bei seiner Gründung ausgesprochenen Erwartungen.

Nürnberg-Fürth. Die neue Gewerbenovelle scheint es den Kunstankaltbesitzern von Nürnberg-Fürth und Schwabach ganz besonders angetan zu haben. Hartnäckig steht man auf dem Standpunkt, die Reduzierung der Arbeitszeit an Sonnabenden auf andere Tage der Woche abzuwälzen. Dazu kommt noch die bekannte rigorose Arbeitsordnung. Bis zur Stunde ist die Arbeitsordnung des Schuhverbandes in ganz Deutschland nur in vereinzelten Betrieben aufgetaucht. Nürnberg-Fürth-Schwabach ist also wieder einmal als Versuchskaninchen auserkoren. Nicht nur alle Schuhverbandsfirmen, mit zwei Ausnahmen, haben die laut Gewerbegerichts-urteil in Fürth als „Zuchthausordnung“ zu bezeichnende Arbeitsordnung ausgehängt, sondern auch Firmen, die dem Schuhverband bisher fernstanden, wurden derartig scharf gemacht, daß auch sie die genannte Ordnung dem Personal aufzuzwingen wollten.

Köstlich sind die Begründungen, die man ins Feld führt. Mit Zuchthausparagrafen sollen renitente Arbeiter zur Reue gebracht werden. Für die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die jederzeit ihre aus dem Arbeitsverhältnis erwachsenden Pflichten regelrecht erfüllen, sei diese Maßnahme nicht von Belang. Man könne gar nichts Nachteiliges für letztere in der Arbeitsordnung finden usw. Der sehr häufig vorkommende Stellenwechsel der Arbeiterinnen soll damit beseitigt werden. Sie sollen dadurch veranlaßt werden, ihre Arbeitsstellen nicht immer in kurzer Zeit zu wechseln. Mit Zuchthausparagrafen feuert man dieser Fluktuation sicherlich nicht. Wenn es den Machern vom Schuhverband ernstlich darum zu tun ist, einen Zustand herbeizuführen, der die Arbeiterinnen veranlaßt, ihre Arbeitsstellen selten zu wechseln, so ist doch wahrlich nichts leichter, als diese Skaminität aus der Welt zu schaffen. Man gewähre ihnen anständige Behandlung und bezahle an Stelle der bisherigen erbärmlichen Hungerlöhne auskömmliches Einkommen, und der häufige Stellenwechsel wird sehr schnell beseitigt sein.

Gegen die Arbeitsordnung wurde in allen Betrieben seitens der großjährigen Arbeiter Einspruch erhoben, und es bleibt abzuwarten, welche Stellung die untere Verwaltungsbehörde einnimmt. Der einmütige Protest hatte zur Folge, daß vorläufig die Einholung der Verfürzung nicht absolut verlangt wurde. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher für Arbeiter, für Arbeiterinnen gilt Sonnabends 8 Stunden, bis der Entscheid des Schuhverbandes vorliegt. Kommende Woche muß dieser erfolgen. Es muß sich dann zeigen, ob man wirklich gewillt ist, die Absichten des Gesetzes erst dann zu erfüllen, wenn die Arbeiterchaft sie auf dem Wege des Kampfes erzwingt.

In 17 zum Teil überfüllten Versammlungen protestierten die Arbeiter und Arbeiterinnen der graphischen Verjuche gegen die Arbeitsordnung des Schuhverbandes der Kunstankalten. Für sämtliche Versammlungen hat das graphische Kartell die Referenten gestellt. Noch nie gab es eine Zeit, in welcher die Arbeiter und Arbeiterinnen sämtlicher in Betracht kommenden Berufsgruppen dieses sehr verzweigten Gewerbes einen so einmütigen, wuchtigen Widerstand gegen Verjcheidung ihrer persönlichen Rechte zum Ausdruck brachten. Es ist dies zweifellos ein nicht zu unterschätzender Erfolg, den man im Lager der Scharfmacher weder gewünscht, noch auch nur dessen Möglichkeit geahnt hat. Lithographen, Steindrucker, Buchbinder und sämtliches Hilfspersonal sind zu einer kompakten Masse zusammengeschweift und sind bereit, mit vereinten Kräften die drohende Gefahr abzuwehren. Raum niemals stürzten in solchen Massen Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Verjuche in die Versammlungen, wie in diesem Falle. Man muß es gesehen und miterlebt haben, um sich ein Bild von der Begeisterung machen zu können, die in den Versammlungen zum Ausdruck kam. Komme, was da will, wir sind gewappnet! Diese Stimmung kam in den Versammlungen überall deutlich zum Durchbruch.

Mit dem bisherigen Resultat dieser Angelegenheit kann man zufrieden sein. Hat doch unsere Zahlstelle allein zirka 200 Mitglieder gewonnen. Auch die Bruderverbände haben in ähnlicher Weise Verstärkung erfahren. Darum, graphische Arbeiter und Arbeiterinnen, sorgt dafür, daß nichts die Einigkeit und Weislossenheit lockert. So, wie augen-

blicklich, muß es immer bleiben, dann können wir jederzeit allen Gefahren trohen.

Kollegen und Kolleginnen der Kunstankalten! Bleibt einig, dann wird auch in Nürnberg-Fürth-Schwabach das Attentat auf eure Bewegungsfreiheit abgewehrt werden können.

Chemnitz. Ueber unsoziales Verhalten der Unternehmer in den graphischen Verjuchen in der Kartonnagenbranche werden seit dem Inkrafttreten des gesetzlichen Bestimmungstages für Arbeiterinnen harte Klagen geführt. In einer Anzahl von Fällen in der Kartonnagenbranche wird nach wie vor noch $\frac{1}{4}$, ja $\frac{1}{2}$ Stunde pro Tag länger als 10 Stunden gearbeitet. Auch in einer größeren Anzahl von Fällen ist am 5. Januar, dem Vorabend zu Heiligabend, und am 15. Januar gesetzwidrig bis $\frac{1}{2}$ Uhr gearbeitet worden, wie im alten Jahre. Selbst Hinweise auf die neuen gesetzlichen Bestimmungen fruchteten nichts bei den Unternehmern, von denen viele — man sollte es nicht für möglich halten — auf entsprechende Aufforderung durch den Stadtrat lauern! In Buchdruckereien und Steindruckereien, wo meist schon kürzere Arbeitszeit herrschte, als jetzt gesetzlich eingeführt wurde, sind die Unternehmer auf den Gedanken gekommen — und in verschiedenen Fällen haben sie ihn auch durchgeführt —, daß die halbe Stunde, die Sonnabends weniger gearbeitet werden darf als vor dem 1. Januar 1910, an den anderen Wochentagen „herausgearbeitet“ werden soll. Einige der unsozial denkenden und handelnden Unternehmer verlangen, daß an vier Wochentagen je $\frac{1}{4}$ Stunde länger gearbeitet werden soll als früher, so daß der Effekt eine Arbeitszeitverlängerung (!) ist, statt der vom Gesetz verfolgten Verkürzung der Arbeitszeit. In anderen Betrieben, darunter auch in Kartonnagenbetrieben, sind Frühstück- und Vesperpausen entzogen worden, um die halbe Stunde vom Sonnabend wegzumachen! Wieder in anderen Betrieben pochen die Unternehmer auf die „von der Behörde genehmigte“ Arbeitsordnung, in der noch der Arbeitsbeginn und Arbeitschluß von früher gedrückt steht. Auch mit Drohungen sind Unternehmer den Arbeiterinnen schon gekommen. Wenn sie darauf bestehen wollten, daß kürzer — und sei es auch nur eine halbe Stunde — gearbeitet werde, sagten einige Unternehmer den Arbeiterinnen, dann gäbe es statt Wochenlohn nur noch Stundenlohn! So sollen also die Arbeiterinnen gestraft werden, in deren Interesse die Gesetzgebung eingegriffen hat! Können es die Unternehmer noch schlimmer treiben? Das ist kaum möglich!

In den Arbeiterinnen liegt es nun — und jeder Arbeiter ist verpflichtet, ihnen beizustehen —, die Unternehmer zu zwingen, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Keine Arbeiterin darf länger arbeiten, als das Gesetz es zuläßt, das ist schon lange genug. Keine Arbeiterin darf zugeben, daß die Arbeitszeit der anderen Tage verlängert wird; jede Arbeiterin muß darauf sehen, daß ihr der Vorteil voll zuteil wird, den das Gesetz ihr bringen soll, ist es doch wenig genug. Natürlich kann eine einzelne Arbeiterin, die dem Unternehmer gegenüber ohnmächtig, nichts durchsetzen. Durch Einmütigkeit und Einigkeit, durch die Organisation allein kann dem Unternehmertum Respekt vor den Gesetzen abgerungen werden! Gerade das jetzt von den Unternehmern an den Tag gelegte unsoziale Verhalten sollte die Arbeiterinnen in die Organisation hinein-treiben. Die Arbeiterchaft darf überhaupt nicht mehr lässig zusehen, wie wenig die Arbeiterchaftsgesetze von den Unternehmern respektiert werden, wie die Unternehmer die Jugendlichen und die Arbeiterinnen gesetzwidrig länger beschäftigen, Nebenzeit- und Sonntagsarbeit leisten lassen. Die Arbeiterchaft ist es sich selbst schuldig, daß sie da mehr dahinter ist, als bisher. Die Gesetze zum Schutze der Arbeiter müssen binnen kürzester Zeit ins praktische Leben eingeführt und energig durchgeführt werden. Die Unternehmer, die das ablehnen zu können glauben, müssen eventuell mit behördlicher Hilfe dazu gezwungen werden.

Wir haben in vorstehendem vermieden, Firmen und Namen zu nennen. Wenn wir aber in nächster Zeit wieder Umschau halten und finden müßten, daß dem Gesetze hier und da immer noch nicht Genüge geleistet wird, so sollen jene Herren, denen es der Geldbeutelstandpunkt nicht zuläßt, den geringen Anforderungen der neuen gesetzlichen Bestimmungen zu genügen, nicht über Demunziationen zernern, wenn sie genannt werden und dann die Behörde gegen sie einschreitet.

Posen. Die neuen Bestimmungen der Gewerbeordnung, welche am 1. Januar d. J. in Kraft getreten sind, scheinen bei den Herren Prinzipalen nur sehr wenig Beachtung zu finden. In einzelnen Betrieben, in denen weniger als 10 Stunden gearbeitet wird, wurde die halbe Stunde, welche am Sonnabend in Wegfall kommen soll, auf andere Tage verteilt, so daß die Arbeiterinnen leer aus-

gegangen sind. In anderen Betrieben kehrt man sich überhaupt nicht an die gesetzlichen Bestimmungen, und müssen die Arbeiterinnen nach wie vor bis 1/2 Uhr arbeiten. Für die Firma Amicciowski scheint eine Gewerbeordnung überhaupt nicht zu bestehen. Dort mußten die Mädchen sogar bis nach 6 Uhr arbeiten, um sich den horrenden Lohn von 4 und 5 Mk. zu verdienen. Bei dieser Gelegenheit verdienen noch einige Mißstände dieser Firma genannt zu werden. Genannte Firma kann als Buchbinderei und Kontobücherfabrik die größte Werkstätte Pommerns bezeichnet werden. Doch scheinen dort auch die größten Mißstände zu herrschen. So sind z. B. für ganze 17 Personen nur 3 Handtücher vorhanden, welche nicht alle acht Tage, sondern alle drei Wochen gewechselt werden. Ob bei derartigen Zuständen saubere Arbeit geliefert werden kann, wollen wir stark bezweifeln. Neberhaupt sind die sanitären Zustände unter aller Würde, und wird die Gewerbeinspektion ein großes Arbeitsfeld finden. Vor kurzem geriet ein Mädchen mit der Hand in die Falzmaschine und erlitt dabei eine schwere Fingerberührung. Aufsehend ist dieselbe nicht bei der Krankenkasse angemeldet gewesen, denn anstatt ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, hat Herr A. ein Rezept nach christlicher Nächstenliebe vorgegeben. Eine Tafel Schokolade sollte nämlich das Heilverfahren beschleunigen, doch hat diese ihre Wirkung verfehlt, denn der Finger ist bis heute noch nicht geheilt.

Von solchen Zuständen könnte man noch von mehreren Betrieben berichten, wir wollen uns aber für heute damit begnügen. Erfreulicherweise findet auch in Pommern der Organisationsgedanke immer mehr Eingang, und werden auch damit menschenwürdiger Zustände einkehren. Im allgemeinen kann man von Pommern nur erfreuliches berichten. Seit dem 1. Januar konnten schon 11 Neuaufnahmen bezeichnet werden, eine für die hiesigen Verhältnisse statische Zahl. Wenn das neue Jahr so fortfährt, wie es angefangen hat, dann werden auch unsere Hoffnungen, die wir auf das Jahr 1910 gesetzt haben, in Erfüllung gehen.

Leipzig. In der schon oft in unserer Zeitung genannten Firma E. A. Enders müssen recht angenehme Verhältnisse bestehen. Ganz besonders scheint dies aber der Fall zu sein, soweit die Behandlung in Frage kommt, die man den jungen Leuten angedeihen läßt. In dieser Beziehung ist es namentlich der Werkführer Wödel, der sich berufen glaubt, seine auf niedrigstem Niveau stehenden pädagogischen Kenntnisse an dem heranwachsenden Geschlecht zu erproben. Um dies an einem Beispiel zu illustrieren, sei folgender fast ungläublicher Vorfall der Öffentlichkeit überantwortet. Ein Beschling hatte vor einiger Zeit das „Anglück“, die Vesperpause um wenige Minuten zu überschreiten. Das aber war für den Herrn Wödel Veranlassung, den schwächlichen Menschen so unvornehmlich zu mißhandeln, daß dieser zu jammerlich und lange Zeit regungslos liegen blieb. Es hält außerordentlich schwer, einen Kommentar zu diesem Vorgang zu schreiben, ohne mit dem Strafrichter in Konflikt zu kommen. Die schärfsten Worte sind zu schwach, um den unerhörten brutalen Vorgang gebührend zu geißeln, um so mehr, als der Bevollmächtigte der Zahlstelle Leipzig vor mehr denn Jahresfrist bereits einmal Veranlassung nehmen mußte, die Geschäftsleitung von dem Treiben des Werkführers Wödel in Kenntnis zu setzen, ohne daß darauf etwas anderes erfolgt wäre, als die Mitteilung, daß Wödel die erhobenen Anschuldigungen in Abrede stellt.

Dem Vernehmen nach ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Wir werden, falls diese außerordentlich notwendige Maßnahme wirklich ergriffen sein sollte, gelegentlich der Verhandlung auf den Fall zurückkommen, halten es aber für dringend angebracht, daß unsere Kollegen und Kolleginnen den Herrn Wödel scharf im Auge behalten und unerbittlich Meldung an die Organisationsleitung ergehen lassen, falls sich Wödel weitere Uebergriffe seiner Befugnisse zuschulden kommen läßt. Denn der schneidige Herr bleibt selbstverständlich auf seinem Posten.

Barmen-Elberfeld ist für unsere Organisation noch immer ein Agitationsgebiet, in dem bei fleißiger Arbeit noch manch schöner Erfolg winken dürfte. Wenn trotzdem im vergangenen Jahre der Mitgliederbestand der vereinigten Zahlstellen der Wuppertals nur um 10 erhöht wurde, so wird dieser ungenügende Erfolg durch die Interesslosigkeit der hiesigen Mitglieder verschuldet. Trotzdem im Jahre 1909 der Vorstand sich alle Mühe gab, um das Vereinsleben interessant zu gestalten, trotzdem den Mitgliedern reichlich aufführende und bildende Vorträge anbot, war der Besuch fast sämtlicher Versammlungen ein recht ungenügender, oft so mangelhaft, daß zahlreiche vorgesehene Vorträge nicht gehalten werden konnten. Die Kollegen Groenhoff

und Schaab mußten darum in der Generalversammlung vom 15. Januar den Mitgliedern ernstlich ins Gewissen reden, als sie den Kassen- und Jahresbericht erstatteten. Wenn trotz des geringen folle-geliebten Verfehls der Kollegen untereinander das Finanzgebahren der Zahlstelle ein gutes ist, so gebührt dafür auch an dieser Stelle der fleißigen Arbeit der Hauskassierer alle Anerkennung, die ihnen in der Generalversammlung auch lobend zuteil wurde. Die Einnahme und Ausgabe der Verbandskasse bilanzierte im 4. Quartal mit 1881,93 Mk. Der Verbandskasse gingen 750 Mk. zu, am Ort wurden behalten 246,08 Mk., einschließlich der Beitragsprozente, das übrige wurde für Arbeitslosen- und Krankenunterstützungen verausgabt. Der Kassenabschluss der lokalen Gelder verzeichnet in Einnahme und Ausgabe 256,55 Mk., bei 26,55 Mk. Kassenbestand, der für das neue Quartal übernommen wurde. Dagegen hatte die lokale Krankenkasse am Jahresabschluss einen Bestand von 771,07 Mk. und betrug ihre Rechnung in Einnahme und Ausgabe 829,32 Mk. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. In der Diskussion über die Berichte wurde der schlechte Versammlungsbesuch einer scharfen Kritik unterzogen und ebenso die bedauerliche Tatsache gerügt, daß während der besten Geschäftszeit sich eine Winderkrankung aus Extramarieren ergab. Bei der nachfolgenden Vorstandswahl wurden zu Vorsitzenden, Schriftführer und Beisitzer mit gleichen Rechten gewählt, für Elberfeld die Kollegen Schaab, Reus und Michlitz und für Barmen die Kollegen Greffrath, Heise und Lange. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde ein Agitationsplan entworfen, an dem hoffentlich unsere Wuppertaler Kollegen fleißig mitarbeiten, damit das Jubiläumsjahr des Verbandes auch zu einem Ehrenjahr in der Geschichte der Zahlstelle Barmen-Elberfeld werde.

Zeit. Der Besuch unserer Generalversammlung am Sonnabend, den 15. Januar, war ein guter. Zunächst erstattete der Vorsitzende den Bericht über das verfloßene Jahr. Die Geschäfte der Zahlstelle wurden in 10 Vorstandssitzungen und 21 Mitglieder-versammlungen erledigt. Der durchschnittliche Besuch der Versammlungen betrug 22. Auch war es den Zeiger Kollegen vergönnt, wieder zwei Vorträge der Kollegen Zinke-Leipzig und Kloth-Berlin zu hören. Den Kassenbericht gab Meber. Weiter wurde über einen Antrag verhandelt, die Befolgung für die örtlichen Funktionäre zu erhöhen. Der Antrag wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Der vor einigen Jahren beschlossene Antrag betreffend Hochzeitsgeschenke wurde nochmals besprochen, der frühere Beschluß aufgehoben und beschlossen, daß jedes Mitglied am Hochzeitstage ein Geschenk erhält und der Betrag hierfür unter den Kollegen gesammelt wird. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Modtrotz 1. Vorsitzender, Paul Wagner 2. Vorsitzender, Meber Kassierer, Ade Schriftführer, Felber, Kartellbelegierter, Scheffel Beisitzer, Frau. Kirch Stellvertreterin, Brüdner Unterassistent. Im Februar findet ein Kränzchen statt. Mit dem Ersuchen des Vorsitzenden an die Mitglieder, dafür Sorge zu tragen, daß der Versammlungsbesuch in diesem Jahre ein noch besserer werde, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband geschlossen.

Jahr. Der Besuch unserer Generalversammlung vom 16. Januar ließ immer noch viel zu wünschen übrig. 14 Hauptversammlungen, eine Generalversammlung sowie zwei öffentliche Versammlungen haben im abgelaufenen Jahre stattgefunden. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 7 Sitzungen. In den beiden öffentlichen Versammlungen sprachen Kollege Draus-Stuttgart sowie Frau Duncker-Stuttgart. Beide Versammlungen waren von agitatorischen Werten für uns. Da die Kartonnagenbranche als eine der Hauptbranchen für uns in Betracht kommt, wurde eine Hausagitation vor Weihnacht in die Wege geleitet, die von sehr gutem Erfolge begleitet war. Aber leider fehlen uns noch einige agitatorisch befähigte Kollegen, denn eine Anzahl von 1300 Berufsangehörigen für unseren Verband zu gewinnen, ist ein schweres Stück Arbeit. Der Mitgliederbestand zu Anfang des Jahres 1908 war 70 männliche und 41 weibliche, zu Ende des Jahres 75 männliche und 102 weibliche, was ein Mehr von 5 männlichen und 61 weiblichen bedeutet. An Arbeitslosenunterstützung wurden im ganzen Jahr 375,25 Mk., an Krankenunterstützung 429,65 Mark ausbezahlt. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 630,78 Mk. Aus dem Bibliothekserlöb ergibt sich, daß 128 Bände vorhanden sind. Leider ist die Benutzung der Bibliothek eine sehr mangelhafte. Die Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Wuhjäger. 2. Vorsitzender Bogula, Kassierer Bohrer, Schriftführer Schmitt, Revisoren: Fischer, Gotsch, Schmidt und Gimmelsbach, Bibliothekar: Reinschmid, Hauskassierer: Gimmelsbach und Drehn. Vom 1. April soll eine Hauskassiererin angestellt werden. Um die Beiträge richtig einzu-

lassen, sind wir zu diesem Beschluß gekommen. Die Entschädigung wird entsprechend der Mitgliederzahl festgesetzt. Die weibliche Kraft kann auch bei der Hausagitation gut mitwirken, besonders bei den Heimarbeiterrinnen ist dieses von Vorteil. Offerten sind spätestens bis 15. Februar beim Vorstand einzu-reichen. Bei „Verschiedenes“ erregte der Vorschlag des Vorstandes, für die weiblichen Mitglieder keine Beiträge mehr an das Kartell zu bezahlen, eine stürmische Debatte. Der Vorschlag des Vorstandes wurde, damit begründet, daß infolge der immer größer werdenden weiblichen Mitgliederzahl die Ausgaben für die Hauskassierer und Verwaltung immer größer werden und die Beiträge der männlichen Mitglieder an das Kartell schon sehr hohe sind. Dieser Antrag wurde endlich mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Mit einem Ersuchen an die Mitglieder, dafür Sorge zu tragen, daß der Versammlungsbesuch ein besserer werde wie im Vorjahre, wurde die Versammlung geschlossen.

Bierzen (Mtbl.). Unsere Berufscollegen von Bierzen versammelten sich am 17. Januar, um sich über den Wert der Berufsverbände belehren zu lassen. Auch die organisierten Buch- und Stein-drucker waren zahlreich erschienen, um ihr Interesse an der Organisation zu bekunden. Unser Vertrauensmann Schröder aus M.-Glabbadch eröffnete die Versammlung mit einigen einleitenden Worten, in welchen er auf den Jahreswechsel hinwies, der so recht geeignet sei, zum Nachdenken über unsere wirtschaftliche Lage anzuregen und den Gedanken an die Organisation zu wecken. Dann schilberte Bezirksleiter Groenhoff-Elberfeld in kurzen treffenden Worten die Lage der Arbeiter und den Wert und die Ziele der Organisation. Seine Ausführungen wurde durch den zweiten Referenten, Gewerkschaftssekretär Müller-M.-Glabbadch aufs vortrefflichste ergänzt und durch ein gutes statistisches Material unterstützt. Beide Referenten fanden die ungeteilte Aufmerksamkeit der Versammlung und ernteten für ihre vortrefflichen Ausführungen lebhaften Beifall. Eine kurze Diskussion, sowie erläuterte Ausführungen über die Statuten und Einrichtungen des Deutschen Buchbinderverbandes folgte den Referaten. Die Versammelten erklärten sich einmütig für den Anschluß an den Deutschen Buchbinderverband, und über 50 Personen vollzogen sofort durch Ausfüllung des Aufnahmeheftens ihren Eintritt. Weitere Eintritte wurden für die laufende Woche in bestimmte Aussicht gestellt, so daß der Bestand einer lebensfähigen und kräftigen Zahlstelle in Verbindung mit M.-Glabbadch und Mhebt gesichert erscheint. Bis zur endgültigen Gründung der Zahlstelle wird Kollege Bremen das Amt des Vertrauensmannes ausüben.

Wir heißen nun die neuen Bierzener Mitglieder herzlichst im Verband willkommen und hoffen, daß sie sich an den Buch- und Stein-druckern ein gutes Beispiel nehmen und fest und treu zur Sache des Verbandes halten werden. Nur eine einbeißliche große und gut geleitete Organisation ist imstande, die Interessen der Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen auch wirksam wahrzunehmen. Daß dieses nottut, haben die Bierzener Kollegen und Kolleginnen eingesehen und durch ihre zahlreichen Erscheinen und Eintritt in die Organisation dokumentiert. Mögen sie nun auch ferner einmütig und geschlossen bleiben und sich weder durch Anfechtungen noch Quertreibereien von dem als richtig erkannten Weg abdrängen lassen. Dann wird der 17. Januar ein Ehrentag für die Bierzener Kollegen und Kolleginnen sein und bleiben.

Dresden. Dienstag, den 18. Januar, fand eine Versammlung der Luxuskarten- und Plakatbranchen statt, deren Besuch leider sehr viel zu wünschen übrig ließ. A. Kofel referierte über die neuen Gesetzesbestimmungen über die Arbeitszeit und die Aufgaben der Arbeitersausschüsse. Medner streifte in seinem ausführlichen Referat alle neuen Änderungen der Gewerbeordnung, und ersuchte er, streng darauf zu sehen, daß auch überall die Änderungen durchgeführt werden. Nachdem er noch einige Anfragen beantwortet hatte, erstattete Lange Bericht über die Tätigkeit in der Luxuskarten- und Plakatbranche. Außer einigen Sitzungen und Besprechungen, die stattgefunden haben, kann er nichts Besonderes berichten, da in dieser Branche im verfloßenen Jahre am wenigsten geleistet wurde. Die Schuld daran liegt an den Vertrauensleuten, indem dieselben die Kollegen viel zu wenig aufgemuntert haben. Statt den Zusammenhalt zu fördern, fanden vielfach Neibereien statt, so daß die großen Dinge außer acht gelassen und nur das eigene Ich in den Vordergrund gedrängt wurde. Von den Kollegen aus der Plakatbranche wurde darauf hingewiesen, daß dieser Vorwurf die Luxuskartenbranche trifft, denn die Plakatpräger haben stets ihren Raum gesteckt und werden es auch in Zukunft tun. Auch sind sie stets für eine Versammlung eingetreten, und erst nach langem Zögern wurde dann einmal eine

Verammlung einberufen, in welcher eine neue Tarifkommission gewählt und mit den Vorarbeiten betraut wurde. In der weiteren Debatte spielte — wie immer — die Firma Keller mit ihren unregelmäßigen Lohnzahlungen die Hauptrolle. So lange die dort beschäftigten Kollegen und Kolleginnen nicht alle geschlossen dagegen protestieren, kann von der Verwaltung nichts unternommen werden. Auch die Mißstände bei den anderen Firmen (Süß usw.), wo sich die Kollegen seit dem Streik von 1904 überhaupt nicht mehr in die Versammlungen getrauen, können nur beseitigt werden, wenn alle sich wieder der Organisation anschließen. Nachdem sich noch mehrere Kollegen über den Niedergang der Luxuskartensbranche, sowie über die bekannte Firma Keller ausgesprochen, wurden zum Schluß folgende Kollegen und Kolleginnen als Vertrauenspersonen für die Luxuskartens- und Plakatbranche gewählt: Weinicke, Klossche, Lohse, Mitsche, Pieschmann, Gremmick, Zannasch, Fräulein Größel und Frau Schwarz.

Berlin. Die Gold- und Farbschnittmacher beschäftigten sich in ihrer Branchenversammlung am 19. dieses Monats mit dem Anschluß an andere in Frage kommende Branchen. Es handelte sich hier um einen Beschluß der Obsteite der übrigen Branchen des Buchbinderverbandes, wonach die Schnittmacher nicht mehr eine selbständige Branche bilden, sondern sich je nachdem wo sie tätig sind, der Buchbinder-, der Luxuspapier- oder der Altbuchbranche anschließen sollten. Dieser Vorschlag fand jedoch nicht die Zustimmung der Versammlung. Mit allen gegen nur drei Stimmen wurde beschlossen, die Branchenorganisation der Schnittmacher, die übrigens seit zehn Jahren besteht, auch in Zukunft beizubehalten. Als Branchenvertrauensmann wurde Müßig, als Vertreter der Branche in der Ortsverwaltung Niemer gewählt. In der Branche herrscht dauernd große Arbeitslosigkeit; zehn Schnittmacher sahen sich infolgedessen genötigt, in anderen Branchen oder Industrien Arbeit zu suchen. In 62 Betrieben sind 120 Schnittmacher beschäftigt, die ebenfalls im Buchbinderverband organisiert sind.

Berlin. Die in den Kartonfabriken beschäftigten Kollegen und Kolleginnen versammelten sich am 20. Januar, um den Bericht der Agitationskommission entgegenzunehmen, sowie die Auswahl derselben und die Wahl von zwei Beisitzern zur Ortsverwaltung vorzunehmen. Klappenbach erfasste den Bericht der Agitationskommission. Diese nahm an 488 Sitzungen, Versammlungen usw. teil. Werkstubeversammlungen waren davon 388, die sich teils zur Erhaltung der Mitglieder, teils um Streitigkeiten innerhalb der Werkstuben zu schlichten, nötig machten. Auch die Lohnbewegung erforderte viele Sitzungen. Die Unterstützung der Kommission durch die Kollegenschaft war eine sehr mangelhafte. Das war auch der Fall bei Ausfüllung der statistischen Fragebogen, so daß die Kommission allein eine Statistik über die Organisationszugehörigkeit der Kollegenschaft ausarbeiten mußte.

Es haben ferner 20 Verhandlungen stattgefunden, von denen besonders hervorgehoben werden müssen diejenigen bei: Wilhelm u. Haeger, Rosenheim u. Kaufmann, Gas-Glühlicht A.-G., Möglich, Beck, Manoli, Geisler und Stein. Die Delegierten-sitzungen waren im Berichtsjahr ebenfalls sehr schlecht besucht. Des weiteren war auch die Beteiligung der Mitglieder an Vorträgen, Besichtigungen usw. nicht so, wie es die Kommission erwartet hatte. Dann gab noch der Medner die Abrechnung über das stattgefundene Sommerfest. Es besteht augenblicklich noch Abzug von Weihnachtsgeschenken an arbeitslose Mitglieder ein Ueberchuß von 50 M. Klappenbach schloß seinen Bericht mit dem Wunsche, daß die Kollegenschaft in Zukunft besser auf dem Posten sein möge, damit die neue Kommission in der Lage ist, ihre Arbeit, gestützt durch das Vertrauen der Mitglieder, fruchtbringend zu verrichten.

In der Diskussion wurden die Ausführungen Klappenbachs voll und ganz unterstrichen. Die Angehörigen der Kartonbranche müssen sich mehr um die Ausbreitung der Organisation kümmern, damit die neue Kommission mehr Lust und Liebe zu Arbeit hat. Die Mitglieder der alten Kommission legten ihre Ämter nieder und erklärten, nicht wieder annehmen zu wollen. Klar brachte eine Statistik zur Verlesung, welche bewies, daß der neue Tarif wesentliche Verbesserungen für die Plakatbranche gebracht hat. In der weiteren Debatte wurde die Tätigkeit der Kommission voll anerkannt.

Die Kollegen Krüger, Mielle, Richter und Klappenbach, sowie die Kollegin Drohne bilden nunmehr die Agitationskommission. Als Beisitzer zum Tarifschiedsgericht wählte die Versammlung die Kollegen Richter, Mielle und Klappenbach. Als Beisitzer zur Ortsverwaltung fungieren die Kollegen Krüger und Klappenbach. Zum Schluß wurde noch ein Schreiben von Arbeitslosen verlesen, welche

wünschen, daß die Ausgesteuerten eine Extraunterstützung seitens der Branche erhalten sollen. Diese Angelegenheit wurde der Kommission überwiesen.

Nachdem noch Kollege Klar die Anwesenden aufgefordert hatte, im kommenden Jahre kräftig für die Organisation zu arbeiten, damit endlich einmal auch für die Angehörigen der Bezugbranche etwas herausgeholt werden kann, erfolgte Schluß der leider nur mäßig besuchten Versammlung.

Berlin. Die Luxuspapierbranche hielt ihre Branchenversammlung am 20. Januar ab. Rippold als Obmann der Branche erfasste den Geschäftsbericht für das verfloßene Jahr. Nach demselben war die Tätigkeit der Kommission auch in diesem Jahre — wie dies bei solch großer Branche leicht erklärlich ist — eine sehr umfassende und arbeitsreiche. Dies geht schon daraus hervor, daß die Kommission sich an 434 Sitzungen beteiligte und 28 Verhandlungen mit verschiedenen Firmen führte. Die schlechte Geschäftskonjunktur hat im allgemeinen noch angehalten. Nur seit Annahme des amerikanischen Zolltarifs hat sie sich in den nach Amerika exportierenden Firmen gehoben, um vor Zinkstärkten desselben noch hinüberzuschaffen, was möglich ist. Besonders die Prägerei- und Pressereiabteilungen waren in diesen Betrieben teilweise so belastet, daß öfters Nachtschichten eingelegt wurden, die in verschiedenen Pressereien auch gegenwärtig noch andauern. Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen mußten verschiedentlich von dem Personal zurückgewiesen werden. In einem Falle (Firma Hof) durch das äußerste Mittel, den Streik, der allerdings nach zweitägiger Dauer beigelegt werden konnte, da einigermaßen akzeptable Zugeständnisse gemacht worden waren. Bei der Firma Schwertfeger waren die in der Presserei Beschäftigten nur sehr schwer davon abzukalben, die Arbeit kurzerhand niederzulegen, da sie bereits seit Wochen mit leeren Vertretungen hingehalten worden waren. Es wurden ihnen durchaus zufriedenstellende Zugeständnisse gemacht und wollen wir nur hoffen, daß dieselben besser, wie bei ähnlichen Anlässen, gehalten werden, resp. auch die Kollegenschaft darauf mehr bringt. Auch bei Moritz u. Warschall fanden zwei Verhandlungen statt, in denen eine Zuriidnahme der beabsichtigten Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse erzielt wurden. In vielen anderen ähnlichen Fällen wurden die Beschwerden durch die Werkstubeversammlungen, Beschwerden an die Gewerbeinspektion usw. erledigt. Auch mehrere unserer öfters stigmatisierten Meister wurden auf diese Weise kaltgestellt, von denen besonders der in Pressereibetrieben bekannte Heidepriem unruhig hervorsteht. Leider läßt sich unsere Kollegenschaft nur zu oft von Leuten solchen Kalibers wie Heidepriem ins Wackelhorn jagen. Wo es der Geschäftsgang zuließe, verfehlt man von Prinzipalsseite „natürlich“ auch dies Jahr nicht, gegen die organisierten Arbeiter vorzugehen, sie bestrafen und dann stillschweigend unter nichtigen Gründen zu entlassen oder aber durch Drohungen von der Organisation fernzuhalten. Insbesondere tat sich hier die Firma Reglow hervor, die allerdings mit ihren jammervollen Löhnen und despotischer Behandlung alle Ursache hatte, die Auffklärung der von ihr ausgenutzten Arbeitererschaft zu fürchten. Auch die Firma Grimm scheint hierin noch vielversprechendes leisten zu wollen. Ob diese werten Herrschaften denn keine Ahnung davon haben, daß die Arbeitererschaft gleich ihnen ein gefeßliches Recht haben, sich zu organisieren? Last not least scheint auch die Firma Kreslawsky in derselben Weise vorzugehen, die jahrelang dort beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen scharfweise „wegen Mangel an Arbeit“ entläßt, um andere, billigere und willigere, natürlich unorganisierte Arbeitskräfte wieder einzustellen. Ob man denn wirklich in den fraglichen Unternehmerkreisen im Ernst sich der kindisch-albernen Hoffnung hingibt, den Organisationsgedanken von „ihrer“ Arbeitererschaft fernzuhalten?

Auch die von dem Verband der Steindruckereibesitzer ausgearbeitete „Normalarbeitsordnung“, mit deren Einführung die ersten Versuche auch hier bereits gemacht sind, brachten der Kommission viel Arbeit, ebenso der Versuch einiger Betriebe, die Nachholung der durch eine Stunde verkürzten Arbeitszeit am Sonnabend an den übrigen einzuführen. — Das neue Bronzebeißdruckverfahren hielt ebenfalls die Branchenangehörigen wegen der hygienischen Gefahren in ziemlicher Aufregung und bezugsweise in den letzten Wochen des Jahres noch recht viel Arbeit. Wenn allerdings nicht noch recht wesentliche Verbesserungen in der Technik derselben eintreten, dann werden wir uns wohl schwerlich lange damit herumtreiben brauchen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde zunächst ein Antrag gestellt, gemäß dem Vorschlag unseres Bezirksleiters, anstatt wie bisher 7, nur 5 Personen zur Agitationskommission zu wählen; dieses wurde abgelehnt, dagegen mit Rücksicht auf das ganz besonders arbeitsreiche kommende Jahr

9 Personen gewählt. Als Mitglieder zur Ortsverwaltung wurden die Kollegen Rippold und Rosenzweig einstimmig gewählt. Den Schluß der sehr gut besuchten Versammlung bildete ein gemütliches Tanzchen, das recht lange noch seine Anziehungskraft ausübte.

Den Branchenangehörigen geben wir gleichzeitig bekannt, daß die neugewählte Kommission sich konstituiert und den Kollegen M. Kempfe zum Obmann gewählt hat. Alle Zuschriften für die Agitationskommission bitten wir an dessen Adresse: Engelshof Nr. 15, 1 Tr., zu senden.

Rundschau.

Für Anhänger der Harmoniebuslei. Die Lokal- und Generalanzeigerpresse nicht nur, sondern auch Arbeitgeberorgane veröffentlichten regelmäßig Berichte über Festlichkeiten, die in der Regel von Arbeitgebern, manchmal auch von Arbeitern arrangiert, einen „schönen Beitrag dazu liefern sollen, daß das gute Einvernehmen zwischen Personal und Chef ein nachahmenswertes sei“. Man begnügt sich zumeist mit dieser selbstzufriedenen Konstatierung, zu der man sich berechtigt fühlt, da das besprochene Fest einen ungestörten Verlauf nahm. Ob auch im Betriebe selbst das gute Einvernehmen herrscht, darüber schweigt man sich wohlweislich aus. In der Regel ist das Gegenteil der Fall. Gerecht und gedrückt wird da der Arbeiter und schuftet muß er bis in die späte Nacht hinein, selten, daß er für Ueberstunden ein besonderes Entgelt bekommt. Dafür wird dann jährlich einmal ein Festchen gefeiert, an dem die Arbeiter — gezwungen oder nicht — teilnehmen, und welches dem Chef einige Mark kosten mag. Aber der durch niedrigen Lohn, durch Nichtbezahlung von Ueberstunden dem Arbeitgeber im Laufe des Jahres zugefallene Gewinn ist natürlich in keinen Vergleich zu bringen mit der geringen Ausgabe, die ihm die „Liebe“ und die „Zuneigung“ „seiner“ Arbeiter bringen soll. So berichtet die eingangs erwähnte Presse in Rheindahl-Beisfallen neuerdings wieder von einem solchen Schulbeispiel aus unserem Beruf, das da zeigen soll, daß das Leben des Arbeitgebers mit „seinen“ Arbeitern durchaus kein leerer Wahn sei. Wir finden da folgende Notiz:

„Rheinroth, 7. Januar. Wie alljährlich versammelte auch diesmal Herr Bücherfabrikant Jaeger am Abend des 31. Dezember im Kartauschen Saale hier selbst seine Arbeiter, und deren Angehörige zu einer gemütlichen Feier um sich, um an diesem Abend ihr Gastgeber zu sein. Ein Teil der oberbergischen Kapelle leitete das Fest beim strahlenden Christbaum ein. Nach einem gemeinsamen Mahle sorgte genannte Kapelle, sowie der Männergesangsverein der Firma für die nötige Abwechslung, großen Beifall fanden die dargebotenen Theaterstücke. Ein fröhlicher Ball beendete das schöne Fest.“

Solche Notizen werden mit einer erstaunlichen Geschwindigkeit durch alle Lokalblätter geleitet und die Agitationsmappe der Anhänger der Harmoniebuslei um einen „wertvollen“ Beitrag bereichert. Hinter den Kulissen aber sieht es anders aus. Wenn nämlich Herr Jaeger einmal einen großen Auftrag von Kopierbüchern zum Schundpreise aufgetragen hat, dann holt er seine Leute vom Karloffelacker und arbeitslos, was das Zeug halten will. Na, und die Arbeiter selber sind ganz zufrieden, daß sie wieder einmal ein paar Mark bar Geld zu sehen bekommen. Ist die Arbeit fertig, dann geht es wieder hinaus auf den Acker und die Leute bauen ihren Koffel weiter. Solche Betriebe sind jedoch eine Gefahr für die realen Geschäfte und für andere Arbeiter. Daß sie bestehen, hat nur einen Grund: Die Arbeiter sind nicht organisiert, und schwer ist es, gerade in solchen Fällen agitatorisch vorzugehen. In stumpfsinniger Abgeschlossenheit verbringen sie ihre Tage, mit sich selbst und aller Welt zufrieden und doch ein Krebsgeschwür für den Beruf. Da gibt es noch viel zu tun, um solche Uebel zu beseitigen.

Gewerkschaftliche Rundschau. Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifs im Baugewerbe geben nur langsam vorwärts. Außerdem dünkt uns, als wenn die Öffentlichkeit diesmal auf die Bewegung im Baugewerbe ein viel zu geringes Gewicht legt und ihr nicht die Bedeutung beimißt, die ihr doch zweifellos gehört. In dieser Ansicht werden wir auch bestärkt durch eine Notiz, die in der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ enthalten ist und die wir anführen, trotzdem wir mit ihr in ihren letzten Konsequenzen nicht einverstanden sein können: „Man kennt die Differenzpunkte zwischen beiden Parteien, aber die Öffentlichkeit tut so, als ob diese Verhandlungen nur die beiden Parteien, und nicht die weitesten Schichten der Erwerbswelt angingen. Kommt ein neuer Vertrag nicht zustande, kommt es vielmehr zum Kampf, dann wird alle Welt über die nachteiligen Wirkun-

gen, die aus einem Stillstand der Bautätigkeit resultieren, vernehmliche Klage anheben. Dann wird man unter dem Gefühl der Schädigung auch den Frieden schnell herstellen wollen. Man wartet jedenfalls, bis das Rind in den Brunnen gefallen ist und denkt vorher nicht daran, den Brunnen zuzudecken. Und doch ist die beste und wirksamste Methode, Schaden zu verhüten, die Politik des Vorbeugens. Das mag man immer und immer wieder aussprechen, man muß sich aber schon damit bescheiden, daß nach allen Erfahrungen der Geschichte gerade diese Politik der Vorbeugung sehr selten und sehr ungern geübt wird und daß die Menschen immer erst durch den Schaden klug werden wollen. Wir müssen auch auf wirtschaftlichen Gebieten erst lernen, daß die Differenzen in einem großen Gewerbe die Interessen der gesamten Volkswirtschaft nicht nur berühren, sondern mehr oder weniger stark beeinflussen, daß die wirtschaftlichen, sozialen und auch politischen Parteien und Gruppen mit ihren Kämpfen die nötige Rücksicht auf das Gesamtwohl zu nehmen haben, wozu sie nur durch Macht der öffentlichen Meinung angehalten werden können.

Die deutsche Bäcker- und Konditorenbewegung wird in zwei Hälften geteilt, die der Verband der Bäcker und Konditoren soeben herausgegeben hat. Die Herausgabe des Werkes ist gesehen im Hinblick auf das 25jährige Bestehen der Organisation. Die Bäcker und Konditoren können mit Stolz auf den Weg zurückblicken, den ihre Organisation in dieser Zeit zurückgelegt hat. Der Verband hat für Kaufende Tarifverträge abgeschlossen, den Kost- und Logiszwang beseitigt, gute und auskömmliche Löhne erkämpft, die Arbeitszeit wesentlich verkürzt, die sechstägige Arbeitswoche vielerorts durchgeführt u. a. m. Das Werk ist im Buchhandel zum Preise von 6 Mk. zu haben.

Im Brauereiarbeiterverband wird am 20. Februar eine Urabstimmung über die Frage der Verschmelzung der beiden Verbände der Brauereiarbeiter und der Mühlenarbeiter veranstaltet. Durch die jedenfalls erfolgreiche Verschmelzung ist der erste Schritt zu einer Industrieorganisation der in der Lebens- und Genussmittelbranche tätigen Personen getan. Der Verband der Mühlenarbeiter, der hierbei mitbeteiligt ist, hat gleich zwei Eisen im Feuer, indem er außer mit den Brauereiarbeitern noch mit den Bäckern zu einer Einigung gekommen ist, nach der auch diese Organisation bereit ist, einer Verschmelzung mit den Mühlenarbeitern zugustimmen. Wenn das Gefühl bei solch gewichtigen Fragen ausschlaggebend sein könnte, dann würde man — falls ein Lebensmittelarbeiterverband noch nicht zustande käme — dieser letzteren Verbindung mehr zustimmen können, da dies durch die Berufsverhältnisse eher geboten erscheint. Immerhin, über kurz oder lang kommt der Lebensmittelarbeiterverband doch.

Die Friseur halten ihren 10. Verbandstag am 16. Mai und kommende Tage in Nürnberg ab. Zur Verhandlung steht neben dem geschäftlichen Teil die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Friseurgewerbe, die Reichsversicherungsordnung, die gesetzliche Vertretung der Handwerksgehilfen, die Schelungs- und Tariffrage.

Zum Kampf der Holzarbeiter ist noch nachzutragen, daß nunmehr auch die übrigen Organisationen der Holzarbeiter Extrabeiträge erheben. Die Hauptsache hierfür ist das Vorgehen der Unternehmer, die für jeden beschäftigten Arbeiter 3 Mk. Extrabeitrag eintragen. Die Kirch-Dunderschen schreiben einen Extrabeitrag aus, daß jedes Mitglied bis zum 12. Februar 4 Streikmarken à 50 Pf. geklebt haben muß. Die Christlichen arrangieren außerordentliche Vertrauensmännereignisse, um über die Erhöhung der Lokalbeiträge Besatzung zu pflegen und einen Teil der Lokalvermögen der Hauptkasse zuzuführen. Auch die Lokalisten denken an eine Fällung ihrer Kasse.

Eine Vorlage zur Einführung einer Erwerbslosenunterstützung ausgearbeitet war der Vorstand des Verbandes der Steinarbeiter vom letzten Verbandstag dieses Verbandes beauftragt worden. In der letzten Nummer des „Steinarbeiter“ ist die Vorlage veröffentlicht. Bei früheren Statistiken und Vorlagen ähnlicher Art waren als Unterlage die Ergebnisse einer jährlichen Berufstätigkeit des Steinarbeiterverbandes benutzt worden. Dieses Material erwies sich jedoch zur Benutzung für den vorliegenden Fall als nicht einwandfrei und darum wurden besondere Erhebungen zur Feststellung der Zahl der Arbeitslosen vorgenommen. Im Steinarbeiterverband wird in Fällen von Erwerbslosigkeit, also neben Arbeitslosigkeit auch bei Krankheit und Streik, eine Arbeitslosenmarke von 10 Pf. pro Woche geklebt. Auf Grund dieser verbrauchten Marken in der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 ergaben die Erhebungen, daß bei durchschnittlich 1644 Mitgliedern 27752 Arbeitslosenwochen (inkl. Kranken- und Streikwochen) zu verzeichnen sind. Auf

die einzelnen Berufsgruppen der Steinarbeiter verteilen sich diese Arbeitslosenwochen in höchst ungleicher Weise. Die eingehenden Berechnungen haben ergeben, daß es bei einem sechsmonatigen Beitrag, steigend um je 10 Pf. von 40 auf 90 Pf., möglich ist, eine Erwerbslosenunterstützung von einer täglichen Unterfütterung in Höhe eines jeweiligen Wochenbeitrages auf die Dauer von sechs Wochen einzuführen, und zwar nach 52wöchiger Mitgliedschaft. Die Unterfütterungsdauer erhöht sich auf 8 resp. 10 Wochen nach 104 resp. 152wöchiger Beitragsleistung. Mit der Einführung einer Erwerbslosenunterstützung ist eng verknüpft die Einrichtung von Arbeitsnachweisen. Aber daran hapert es sehr. Im Steinarbeiterverband gibt es nicht eine Zählstelle, die eine Einrichtung besitzt, welche diese Bezeichnung verdient. Aus diesen und noch anderen Gründen — vor allem infolge der geringen Unterfütterung, die bei den angeführten Beitragsleistungen gewährt werden können — beschloß der Vorstand und der Ausschuß des Steinarbeiterverbandes einstimmig, daß die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung in diesem Verbande nicht zu empfehlen sei. Die große Erwerbslosigkeit, die in den Berufsverhältnissen begründet liegt, ist dabei die Grundursache.

Die Christlichen als Eideshelfer der Handwerker. Die freien Gewerkschaften gehen ständig zurück, wenn man den Angaben unserer Gegner — ohne Ausnahme — glauben will. Das ist eine alte Geschichte. Auch das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ gefällt sich ab und zu in der Rolle, über die freien Gewerkschaften ein wenig zu schwindeln und ihnen alles — nur nichts gutes — an den Hals zu werfen. Solche Neuerungen sind dann natürlich ein gefundenes Fressen für die bürgerlichen Prekariatien, die mit Vorliebe solche Unratshäufen durchwühlen und erfreut von einem Wein aufs andere hüpfen, wenn sie einen Knochen gefunden haben, an dem sie noch etwas knabbern können. Die „Handwerks-Zeitung“, das amtliche Organ der Handwerkskammer zu Berlin und Frankfurt a. O., hat einen solchen Knochen gefunden. Das Blättchen schreibt, „es gehe doch abwärts mit den sozialdemokratischen „freien“ Gewerkschaften, trotz aller Schönfärberei, schwülstigen Phrasen und großsprecherischer Aufschneiderei“. Dies wurde bewiesen durch das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“. Zeigt es schon von mangelhafter Kenntnis der Gewerkschaftsbewegung, sich in solchen Dingen ausgerechnet auf das „Zentralblatt“ zu berufen, dann wirkt es geradezu grotesk und komisch, wenn die Selbstbeweihräucherung der edlen Christen als bare Münze genommen wird. Das Blatt schreibt nämlich: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat in den letzten Monaten sich gegen sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Angriffe in steter und glücklicher Abwehrstellung befunden. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsagitatoren glaubten für ihre Organisationen erhebliche Vorteile dadurch gewinnen zu können, daß sie die „Christlichen“ als arbeiterfeindlich verdächtigten. Diese Agitation hat jedoch den christlichen Gewerkschaften nicht geschadet, nur in der sozialdemokratischen Presse konnte man lesen, was für ein „Geld im christlichen Gewerkschaftslager“ herrsche.“ Das ist natürlich Wort für Wort dem „Zentralblatt“ abgequodt worden. Da wurde nicht erst lange untersucht, ob das dort Gesagte auch auf Wahrheit beruht. Das ist auch nicht notwendig, denn was Christen sagen, ist immer wahr, denkt die „Handwerks-Ztg.“, noch dazu, wo den „Freien“ ein ausgewischt werden kann. Daß in den Organen der freien Verbände von Schönfärberei nicht die Rede sein kann, das muß das edle Papier aber gleich darauf selbst zugeben, indem es die in den freien Gewerkschaften übliche Freiheit der Rede und des Wortes hervorhebt. „Die Klagen über schlechten Versammlungsbesuch, Untereffektivität, Minderwertigkeit und Mißtrauen, ferner die vielen Versammlungen, die nicht abgehalten werden konnten, weil keiner erschienen war, geben genügend zu denken“, sagt das „Zentralblatt“. In den christlichen Organen ist natürlich eine solche Sprache nicht möglich. Da wird immer alles nur in rosigen Licht gezeichnet; da wird alles, was ein ehrliches Bild vom Gewerkschaftsleben geben könnte, unterdrückt, und die Deffektivität auf diese Art in der schamlosesten Weise angehen. Wie Figura zeigt, finden sich noch immer Dumme, die auf diesen Reim hineinfallen.

K. K. Eine außerordentliche Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine fand am 17. Januar in Hannover statt. Ihre Einberufung erwies sich als notwendig, weil die Großeinkaufsgesellschaft verschiedene Bauten vorzunehmen hat, wozu die Generalversammlung ihre Einwilligung erteilen mußte, die statutengemäß, bei allen Bauten, deren Kosten höher wie 100 000 Mk. sind, erforderlich ist. Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine plant eine bedeutende Erweiterung ihres Verwaltungsgebäudes in Hamburg, das sich jetzt schon als zu klein erweist, obwohl es

erst Ende 1907 bezogen wurde. Zur Hauptsache ist dieses allerdings auf das Anwachsen der Druckerei und Buchbinderie der Verlagsanstalt des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, die im gleichen Hause untergebracht sind, zurückzuführen. In Hamburg soll auch ein neues Lagerhaus errichtet werden mit vergrößerter Kaffeerösterei, Getreidemühle usw., ferner bedarf das Lagerhaus in Mannheim dringend einer Vergrößerung, während in Gröda-Miesja auf dem Terrain der Seifenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft ein neues Lagerhaus errichtet ist. Die Generalversammlung erteilte allen diesen Bauplänen ihre Genehmigung. Außerdem fehlte es nicht an Wünschen um Errichtung von Lagerhäusern an anderen Orten, denen aber erst nähergetreten werden kann, wenn der Umsatz in jenen Gegenden so groß ist, daß sich ein Lager auch rentabel erweist. Nach Vornahme einer Erörterung in dem Aufsichtsrat wurde die außerordentliche Generalversammlung in Hannover geschlossen. Sie war kurz und hatte nur rein geschäftliche Fragen zu erörtern; ihre Bedeutung besteht sie aber trotz alledem, weil auch ihre Beschlüsse Beweis ablegen für die erfreuliche Entwicklung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine.

Abrechnungen

vom 4. Quartal gingen weiter bis zum 25. Januar bei der Verbandskasse ein: Gau I 200,—, Berlin 13 212,65, Ludenwalde 400,—, Potsdam-Royalwä 350,—, Königsberg 51,87, Gau IV 40,—, Gau V 348,50, Halle 225,—, Gau VI/VII 497,17, Bremen 425,—, Hamburg-Altona —, Delmold 84,54, Hannover 1238,75, Langensalza 80,—, Bonn 50,—, Dortmund 115,—, Düsseldorf 265,27, Gelsenkirchen 24,08, Herfeln 30,—, Mülheim-Derbyhausen —, Remscheid 100,—, Darmstadt —, Frankfurt a. M. 800,—, Gau XII 968,37, Chemnitz 400,—, Dresden 3000,—, Plauen 1000,—, Mannheim-Ludwigsbafen 250,—, Saarbrücken 26,67, Heilbronn 581,80, Lafr 350,—, Regensburg 98,25, Würzburg 261,—, Augsburg 70,—, M. E. Paucien.

Adressenänderungen.

Derliche Bevollmächtigte.

Kattow: B. Herzog, Fabrikstr. 5.
Limbach i. S.: F. Defer, Weststr. 59 III.
Rostow: O. Pantow, Schwaneandstr. 11 II.
Gelsenkirchen: M. Müller, Florstr. 99.
Würzburg: S. Fuchs, Würzburg-Grombühl, Brüdnerrstr. 24 III.

Unterstützungs-Auszahler.

Kattow: Fr. Köhler, Paulstr. 12, von 12—1 und 7—8 Uhr, Sonntags von 10—11 Uhr. MI. 20 Mt.
Sant-Wilhelmshaven: R. Kohn, Wilhelmshaven, Börjensstr. 23 pt. I., von 3—4 Uhr. (Nur Werktags.)
Jena: W. Hippold, Jena-Ost, Karl-Alexander-Straße 19. Von 1/2 bis 1/2 Uhr und 1/2 bis 6 Uhr.

Briefkasten.

H. Schm. in Gb. Durch den Bericht in letzter Nummer erledigt. — **L. D. in R.** Wird jedenfalls verhandelt werden. Besten Dank. — **O. W. in G.** Zusatzt kostet 2,40 Mk. — **S. L. in Dr.** Der Nachsatz ist bei mir Regel! — **H. Schm. in S.** Zusatzt kostet 2,60 Mk. — **E. E. in L.** Sie haben doch nun schon so viel berichtet, daß Sie wissen müßten, daß das Papier nur auf einer Seite beschrieben werden darf.

Nachstehende Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ vom abgelaufenen Jahr sind vollständig bergelassen und ersuchen wir um Rücksendung solcher Exemplare, die nicht benötigt werden: Nr. 17, 34, 40, 42, 43, 44, 46, 47, 48. Da einzelne der hier aufgeführten Nummern dringend gebraucht werden, so ersuchen wir auch um Rücksendung einzelner Exemplare.

Titel und Inhaltsverzeichnis vom abgelaufenen Jahrgang der „Buchbinder-Zeitung“ kommen erst diese Woche zum Versand. Falls bestellte Titel bis zum 1. Februar irgendwo nicht angekommen sein sollten, ersuchen wir um Mitteilung, um die Nachsendung bewirken zu können.

Literarisches.

Nr. 3 des „Postillon“ ist erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probeummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

„Der Arbeitsmarkt“, Monatschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarktberichte (Herausgeber Prof. Dr. S. Jastrow, Berlin, Verlag von Georg Meiner).

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hllsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Dresden.

Am 20. Januar 1910 verstarb unser Mitglied

Emil Jähnigen

aus Radeberg im Alter v. 52 Jahren.

Am 24. Januar 1910 verstarb unser langjähriges, allbekanntes Mitglied

Richard Wienhold

aus Leipzig im Alter von 60 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand.

Verwaltungsstelle Stuttgart.

Samstag, den 29. Januar 1910
präzise 8 Uhr:

Vierteljähr. Hauptversammlung

im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Protokoll.
2. Geschäfts- und Kassenbericht.
3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Dresden.

Sonntag, den 30. Januar 1910,
vormittags 1/2 11 Uhr:

Vierteljährliche

Hauptversammlung

im Stajfenlokal „Bürgerhänke“, Palmstr. 1.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Montag, den 31. Januar 1910,
abends 8 1/2 Uhr:

Hauptversammlung

im Lokal von E. Wehmann, Täubchenweg.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Hamburg-Altona

Unlief verspätet.

Am 8. Januar verschied unser Kollege

A. Hamm

im Alter von 41 Jahren.

Ehre seinem Andenken.

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Hanau.

Am 18. Januar 1910 verstarb unser langjähriges Mitglied

Isidor Schwenzer

aus Hanau im Alter von 27 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Dresden.

Am 24. Januar 1910 verstarb im Alter von 60 Jahren unser ältestes Mitglied und Mitbegründer der hiesigen Organisation, der Buchbinder

Richard Wienhold

nach kurzem Krankenlager an einem Lungen- und Darmleiden. Weit über die Verbands- und Stadtgrenzen hinaus ist der „alte Wienhold“, durch seine frühere emsige Mitarbeit in der Organisation bekannt geworden. Seine Jugendkraft diene der Nachkommenschaft als leuchtendes Beispiel.

In dankbarer Erinnerung

Der Vorstand.



Deutsche Registrierkassen

Monopol und Invicta

für Buchbinder geeignet in allen Ausführungen und Preislagen.

2 Jahre schriftliche Garantie. Bequeme Ratenzahlungen. Prospekte kostenfrei.

Alleinige Fabrikanten: **Schubert & Salzer** Maschinenfabrik A.-G. Chemnitz 13 D.

Unserer lieben Kollegin **Martha Ehmlich** nebst ihrem Bräutigam Herrn **Hugo Alban** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Gotha.

Arbeitslosen-Zuschüsse für Buchbinder und verw. Berufe der Zahlstelle Berlin.

Bekanntmachung!

Die derzeitige Zahlstelle im Lokal von **Meher, Oranienstr. 103** wird mit dem **15. Februar 1910** aufgehoben.

Beiträge werden entgegengenommen im Lokal von **Weniger, Kochstr. 33/34**, sowie im Lokal von **Baum, Stallschreiberstr. 47** zu jeder Tageszeit.

Die Auszahlung der Unterstützung, sowie Entgegennahme der Beiträge von den Vertrauensleuten, erfolgt nur **Sonnabends, abends von 6—8 Uhr**, im Lokal von **Baum, Stallschreiberstr. 47**. Arbeitslosenunterstützung wird laut Statut nur für 7 Tage auf einmal ausgezahlt. — Die Mitglieder werden ersucht, diese Bekanntmachung aufzubewahren.

Der Vorstand.



Kostenfreier
Arbeitsnachweis
für Buchbinder
O. Th. Winckler, Leipzig

Zahlstelle Leipzig.

Dienstag, den 1. Februar 1910, abends 7 Uhr:

General-Versammlung

im großen Saale des „Pantheon“.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Bericht der Revisoren.
3. Bericht vom Gewerkschaftskartell.
4. Anträge.
5. Renewal der Ortsverwaltung, der Tarifkommission, der Revisoren und der Delegierten zum Gewerkschaftskartell.
6. Verschiedenes.

Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen

Die Ortsverwaltung.

Unsern lieben Kollegen **D. B. Pflester** nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Vermählung.

Die organisierten Kollegen **Emmerichs**.

Zahlstelle Düsseldorf.

Unsern werten Kollegen

Karl Adam

die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung!

In der Sache **Böhrer, August**, Buchbinder in Regensburg, Privatkläger, vertreten durch Rechtsanwalt **Dr. Fritz Buchmann** in Regensburg, gegen **Gebhard, Nikolaus**, Buchbinder in Regensburg, Privatbeklagter, vertreten durch Rechtsanwalt **Michael Plöner** in Regensburg, wegen Verleumdung, wurde in der Sitzung des Schöffengerichts beim Igl. Amtsgericht Regensburg vom 13. Januar 1910 nachstehender **Verleich** abgeschlossen.

1. Privatbeklagter **Nikolaus Gebhard** erklärt:

Ich gestehe zu, daß Privatkläger **August Böhrer** bei Erstattung seines Referats in der allgemeinen graphischen Berufsversammlung, wie dieses Referat in Nr. 32 der Buchbinderzeitung vom 7. August 1909, Seite 6, enthalten ist, auf Grund seiner privaten Informationen sich in gutem Glauben befunden hat und nehme den Vorwurf der bewußten und leichtfertigen Lüge hinsichtlich der Behauptungen und Ausführungen des Privatklägers hiermit zurück.

2. Privatkläger **August Böhrer** erklärt: Ich erkenne an, daß Privatbeklagter **Nikolaus Gebhard** bei Abfassung seines Artikels in Nr. 18 der „Graphischen Stimmen“ vom 28. August 1909 sich auf Grund seiner privaten Informationen gleichfalls in gutem Glauben befunden hat.

3. Von den Kosten des Verfahrens und den beiderseitigen erwachsenen notwendigen Auslagen übernimmt Privatkläger **August Böhrer** ein Drittel, Privatbeklagter **Nikolaus Gebhard** zwei Drittel.

4. Der Vergleich soll durch einmalige Veröffentlichung in folgenden Zeitungen bekannt gemacht werden:

1. in den „Graphischen Stimmen“,
2. in der „Deutschen Buchbinderzeitung“,
3. in der „Regensburger Anzeiger“.

5. Privatklage und Strafantrag werden hiermit zurückgenommen.

Auf Grund der uns erteilten Befugnis geben wir hiermit vorstehenden Vergleich öffentlich bekannt.

Regensburg, den 20. Januar 1910.

Der Vertreter des Privatklägers:

Dr. Fritz Buchmann, Rechtsanwalt.

Der Vertreter des Privatbeklagten:

Michael Plöner, Rechtsanwalt.